

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2012



Stasi-Akten im Abitur

DDR-Propaganda für Grundschüler

Freikauf politischer Häftlinge

Inhalt

Aktuell

- 3 Mitwirkung gefordert
Verantwortung abgelehnt
Durch die Instanzen
Ausstellung zum 17. Juni
Ergänzung
Kommentar

Recht

- 4 Eine Art Schadensersatz
Ex-Stasi-Offizier verurteilt
Mehr Mut, mehr Geld

International

- 5 Immer neue Blutflecken
Bulgarische Aufarbeitung noch am Anfang
Neue Verhaftungen in Kuba

Thema

- 6 Stasi-Akten im Abitur
- 7 Propaganda für die Kleinen

Hintergrund

- 8 Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR, Teil 1

Berichte

- 10 Stätte des Leidens
- 11 Aufarbeitung auch mit 100 Jahren
- 12 UOKG-Kongreß
Fernsehballert mit DDR-Symbolen
Kein Vorbild

Verbände

- 13 Erinnerung als Auftrag – Taschenkalender
Initiative Mahnmal
Suchanzeige
- 14 Lernen hinter Gittern
Treffen in Niedersachsen
Sieger der Geschichte
- 15 Ausgezeichnet
Leserbrief

Zeitzeugen

- 16 Noch einmal: Tatort Bulgarien

Service/Bücher

- 17 Vater der Einheit?
- 18 Die Stasi – Hüterin des Terrorismus
- 19 Euer Held – euer Verräter
Verlinkt – Lesetip

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild:

Die erste, im April 2012 eingeweihte Stele eines Lehrpfades durch die Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen. Vier weitere Stelen sollen bis April 2013 folgen (s.auch Bericht S. 11).

Foto: J. Spreemann, Nordkurier

Den Tyrannen überlegen


Von Rainer Wagner

Wenn in einigen Wochen unser Land im vorweihnachtlichen Glanz erstrahlt, wird dies von kaum einem Zeitgenossen mit den Fragen politischer Verfolgung in Zusammenhang gebracht. Doch es ist wichtig, einmal darauf hinzuweisen, daß gegenwärtig die Christen die am meisten von politischem und extremistischem Haß verfolgte Gruppe sind. Dieser Haß begleitet sie seit 2000 Jahren.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche errechnete, daß 96 000 ihrer Priester, Nonnen und Mönche durch die Kommunisten umgebracht wurden. Wie viele Millionen unbekannter Christen um ihres Glaubens willen sterben mußten, wird menschlichen Untersuchungen für immer verborgen bleiben. Noch nie in der Geschichte gab es so brutale Christenverfolgungen wie seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Eine Blutspur zieht sich von der mexikanischen Revolution über den Genozid an den Armeniern bis in die kommunistischen Zuchthäuser und Lager Rumäniens, Albaniens und Rot-Chinas. In verschiedenen Varianten gab es Christenverfolgungen in allen kommunistischen Diktaturen. Aber auch unter den Nationalsozialisten und den Rechtsdiktaturen in Südamerika mußten bekenntnistreue Christen ihren Glauben mit Freiheitsentzug, Folter oder dem Tod bezahlen. Aus der Ära Ulbrichts und Honeckers seien stellvertretend für viele nur die Mitglieder der Jungen Gemeinde in den 50er Jahren und die bis zum Schluß andauernde Bildungsdiskriminierung christlicher Jugendlicher genannt. Ein leuchtendes Fanal des Sieges christlicher Überzeugung über SED-Willkür war der Opfertod von Pfarrer Oskar Brüsewitz 1976.

Obwohl die Christen zeitweilig die stärkste Opfergruppe politisch Verfolgter ausmachten, wurde ihr Leid oft übersehen. Dies hat sich bis heute nicht verändert. Derzeit werden über 200 Millionen Menschen wegen ihrer religiösen Überzeugung verfolgt oder diskriminiert. 80 Prozent davon sind Christen. Laut Weltverfolgungsindex 2012 ist Nordkorea mit 70 000 in KZ-Lagern inhaftierten Christen der Staat mit der härtesten Verfolgung. Gefolgt von vorwiegend


islamischen Staaten wie Afghanistan, Saudi-Arabien, Somalia, Iran usw. In den kommunistischen Staaten Vietnam, Laos, Kuba, aber auch in der VR China, sind Christen weiter kommunistischer Diskriminierung ausgesetzt. Man geht von ca. 160 000 Christen aus, die jährlich ihr Leben für ihren Glauben lassen. Was macht Christen gerade den Autokraten und politischen Extremisten so suspekt? Es ist ihre ethisch-moralische Überlegenheit gegenüber den Weltbeglückern jeder Richtung. Daß es eine Macht und eine Idee gibt, die über den Diktatoren und deren Ideologien steht, reizt diese zum Zorn. Daß man gewaltlos für Gerechtigkeit eintritt, wie Martin Luther King oder die Teilnehmer der Friedensgebete am Ende der SED-Diktatur, diskreditiert die moralische Glaubwürdigkeit der Tyrannen. Dummlich stammeln die überführten Mörder, wie Erich Mielke vor der Volkskammer, „Ich liebe doch alle Menschen“, und werden nicht einmal von ihren eigenen Genossen mehr ernst genommen. Natürlich gibt es nicht wenige nicht-christliche Gegner der Tyrannei. Aber selbst die Aufklärung hat sich auf dem Boden christlich-jüdischen Denkens entwickelt.

In der Advents- und Weihnachtszeit ist unser Land von vielen Zeichen christlicher Kultur geprägt. Ganz gleich, wie jeder von uns zum christlichen Glauben steht, sollten wir uns erinnern, daß Jesus Christus, dessen Geburtstag zu Weihnachten begangen wird, Opfer politischer Verfolgung war. Schon als kleines Kind mußte er mit seiner Familie ins ägyptische Exil gehen. Am Ende seines Lebens starb er unter schrecklichen Leiden durch die damaligen Machthaber am Kreuz. Seine Idee von Vergebung und daß man denen, die uns auf die „rechte Backe schlagen auch noch die linke Backe“ hinhält, war den damaligen Tyrannen überlegen und motiviert seine Anhänger bis heute, ihrem Glauben treu zu bleiben. Aufarbeitung vergangenen Unrechts ist unsere bleibende Aufgabe. Aber es ist genau so erforderlich, für die heute noch Verfolgten die Stimme zu erheben. Viele von ihnen sind Christen. Außer uns haben sie kaum eine Lobby. 

Mitwirkung gefordert

(uokg) Bei der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts hat der Bundestag 2008 beschlossen, in dieser Legislaturperiode eine Kommission einzuberufen, die sich mit den Aufgaben der Institution des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beschäftigt. Darüber gab es am 25. Oktober 2012 in der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion eine Expertenanhörung. Die UOKG fordert ein Mitspracherecht in dieser Kommission. Rainer Wagner, Bundesvorsitzender des Dachverbandes, sagte dazu:


„Die Frage nach der Zukunft des BStU darf nicht über die Köpfe jener hinweg entschieden werden, deren Schicksal in den Akten dokumentiert ist. In einer Kommission ohne Beteiligung von Opfervertretern sehen wir die Gefahr von Gedankenspielen, die Diktaturaufarbeitung künftig zu beschneiden. Das können wir nicht zulassen.“

Die UOKG sieht zum jetzigen Zeitpunkt auch über 2019 hinaus Bedarf für die Behörde des BStU. 

Verantwortung abgelehnt


Nach einem abschlägigen Bescheid des Bundesfinanzministeriums (S. 6/2012, S. 4) hinsichtlich der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener in DDR-Gefängnissen hat die UOKG sich noch einmal an das Ministerium gewandt, welches sie nach wie vor in der Verantwortung sieht. In einem Schreiben vom 25. September hat das BMF dies jedoch erneut zurückgewiesen:

„Die Aufgaben der Treuhandanstalt bzw. der BvS sind durch das Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) klar vorgegeben. Ziel des Privatisierungsauf-


trages war es, die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und so Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Entschädigungsleistungen, wie von Ihnen angesprochen, sind vom gesetzlichen Auftrag der Treuhandanstalt/BvS nicht erfaßt. Die Treuhandanstalt war darüber hinaus zu keinem Zeitpunkt Rechtsnachfolger der früheren volkseigenen Unternehmen. Vor diesem Hintergrund sehe ich weder eine Verantwortung der Treuhandanstalt/BvS noch die Möglichkeit für eine Entschädigung im Zusammenhang mit Haftzwangsarbeit in der ehemaligen DDR durch die BvS.“ 

Durch die Instanzen

(st) Während der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit, mit einer entsprechenden Vorlage für das Abgeordnetenhaus vom Berliner Senat erneut für das Amt nominiert wurde, ist die Stelle des LStU im Land Sachsen-Anhalt seit zweieinhalb Jahren unbesetzt. Nach zahlreichen Querelen zwischen den Landtagsfraktionen wurde

endlich im Juli dieses Jahres die Merseburger Pastorin Birgit Neumann-Becker gewählt. Aufgrund der Klagen von Mitbewerbern durch mehrere Instanzen stehen ihre offizielle Ernennung und damit der Amtsantritt jedoch noch aus. Über eine letzte anhängige Beschwerde muß nun das Bundesverfassungsgericht entscheiden. 

Ausstellung zum 17. Juni

(StA) 2013 jährt sich der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zum 60. Mal. Ab sofort und bis zum 30. November 2012 kann die derzeit in Erarbeitung befindliche Ausstellung „Wir wollen freie Menschen sein! Der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953“ zu einer ermäßigten Schutzgebühr von 15 Euro (inkl. Versand) vorbestellt werden. Ab 1. Dezember 2012 beträgt die Schutzgebühr 25 Euro (inkl. Versand). Die Auslieferung der Schau sowie die Rechnungsstellung erfolgen im Februar 2013. Die Ausstellung besteht aus 20 Tafeln, die als DIN-A1-Plakate gedruckt werden und unkompliziert in Schulen und Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Museen und Rathausfoyers gezeigt werden können. Die Plakate werden gerollt geliefert und müssen vor Ort gerahmt oder auf Ausstellungsplatten aufgezogen werden. Plakatbeispiele, nähere Informationen zur neuen Ausstellung sowie zu den Bestellmöglichkeiten unter: www.stiftung-aufarbeitung.de/17juni-ausstellung. 

Ergänzung

(st) Im Beitrag „Mahnmal eingeweiht“ (Ausgabe 7/2012, S. 3) über eine Gedenkstätte für die Opfer von Katyn wurde darauf hingewiesen, daß 1990 erstmals Michail Gorbatschow öffentlich über die Verantwortung seines Landes an den Massenmorden sprach. Er schrieb jedoch allein Berija und dem NKWD diese Mörder zu. Erst Boris Jelzin bekannte klar, daß die Verantwortung bei der Führung der kommunistischen Partei der Sowjetunion lag, deren Politbüro den entsprechenden Beschluß gefaßt hatte. 

Kommentar

Exportgüter von vorgestern

Um die Partei Die Linke ist es seit dem letzten Parteitag und der Neuordnung an der Spitze ziemlich ruhig geworden. Zu den aktuellen Themen wie Schuldenkrise oder Euro-Rettung hat sie nicht viel beizutragen. Und wenn sie sich zu Wort meldet, dann mit unrealistischen Vorschlägen von vorgestern. Um so mehr scheint die Partei jetzt am Export ihrer Ideologie interessiert zu sein, anders ist die Teilnahme des Vorsitzenden an den Demonstrationen gegen die deutsche Bundeskanzlerin in Athen nicht zu verstehen.

Deutschland ist ja Export-Weltmeister, z.B. bei Autos, und weiß, wie man erfolgreich ist: man braucht ein gutes Produkt, im Inland erprobt, und überzeugende Verkäufer. Beides fehlt allerdings der Partei. Der Sozialismus der Linken ist eher altbacken, überall und auch in der DDR gescheitert, trotz vieler Rück-

fraktionen wegen angeblicher Kinderkrankheiten. Nicht einmal in den Nachbarländern konnte er nennenswerte Marktanteile gewinnen. Zudem befindet sich die Partei im Wettbewerb mit solch potenten und solventen Anbietern wie Nord-Korea und Kuba, die ständig versuchen, den Sozialismus zur Vollendung weiterzuentwickeln. Demgegenüber handelt Herr Riexinger mit alten Hüten.

Die Exporterfolge werden also überschaubar bleiben. Kaum ein Grieche wird verstehen, was der gut dotierte deutsche Linke mit den um ihren Lebensstandard kämpfenden griechischen Arbeitern, Intellektuellen und kleinen Ladenbesitzern gemein haben könnte.

Hans-Peter Schudt

Eine Art Schadensersatz

Zuwendungen aus dem Fonds Heimerziehung


(BA) Sämtliche Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ (übrigens auch aus dem Fonds „Heimerziehung West“) sind in Anwendung des § 11a Abs. 5 Nr. 1 SGB II privilegiert und daher nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

Nach § 11a Abs. 5 Nr. 1 SGB II sind Zuwendungen, die ein anderer erbringt, ohne hierzu eine rechtliche oder sittliche Pflicht zu haben, nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit ihre Berücksichtigung für die Leistungsberechtigten grob unbillig wäre.

Die Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ werden als Ergebnis einer politischen Initiative (Runder Tisch Heimerziehung) als eine Art Schadensersatz zur Anerkennung von erlittenem Unrecht erbracht. Allerdings handelt es sich um freiwillige Leistungen aus einer privatrechtlichen Stiftung, auf deren Erbringung die Betroffenen keinen Rechtsanspruch haben.

Die Berücksichtigung als Einkommen würde daneben für die betroffenen Personen eine unbillige Härte darstel-

len, weil eventuelle privatrechtliche Schadensersatzansprüche aufgrund des großen zeitlichen Abstands zu den Ereignissen bereits verjährt sind.

Aufgrund der besonderen Zweckbestimmung dieser Leistungen, die noch weit nach dem eigentlichen Zufluß der Zahlungen greift, ist auch bei der Vermögensprüfung eine besondere Härte im Sinne des § 12 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 SGB II gegeben. Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ sind nicht als Vermögen zu berücksichtigen. 

Ex-Stasi-Oberst wegen Verunglimpfung verurteilt

(GHohö) Ein früherer Oberst des Ministeriums für Staatssicherheit ist vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten wegen Verunglimpfung eines hingerichteten DDR-Widerstandskämpfers zu einer Geldstrafe von 1200 Euro verurteilt worden. Wie die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen am 8. Oktober mitteilte, befand es den Sprecher des sogenannten Insider-Komitees, Wolfgang Schmidt, der „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ für schuldig. Schmidt hatte das ehemalige Mitglied der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Johann Burianek, auf der Inter-

netseite seines Komitees als „Banditen“ und „Angehörigen einer terroristischen Vereinigung“ bezeichnet. Dafür verurteilte ihn das Amtsgericht am 27. September zu 40 Tagessätzen à 30 Euro.

Burianek war im März 1952 verhaftet und in das Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen gebracht worden. Im Mai wurde er in einem Schauprozeß vor dem Obersten Gericht der DDR zum Tode verurteilt und im August in der zentralen Hinrichtungsstätte der DDR in Dresden enthauptet. Das Landgericht Berlin hob das Todesurteil 2005 als rechtsstaatswidrig auf und rehabilitierte Burianek. In einer auf seiner Internetseite veröffentlichten Erklärung vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten bekräftigte Schmidt indes seine Auffassung: „Banditen müssen schon noch als

Banditen, Terroristen als Terroristen bezeichnet werden dürfen!“

Auslöser des Strafverfahrens war eine Anzeige des Direktors der Gedenkstätte, Hubertus Knabe. Dieser begrüßte das Urteil und erklärte: „Ich bin erleichtert, daß die Justiz den Aktivitäten ehemaliger Stasi-Mitarbeiter Grenzen gesetzt hat. Es kann nicht sein, daß die Täter von gestern ihre Opfer heute noch einmal demütigen, indem sie sie öffentlich herabwürdigen.“ Schmidt, der zuletzt Chefauswerter bei der für DDR-Oppositionelle zuständigen Stasi-Hauptabteilung XX war, war bereits 2009 zu einer Geldstrafe von 2100 Euro verurteilt worden, weil er erklärt hatte, man könnte den Direktor der Gedenkstätte „öffentlich und ungestraft als Volksverhetzer“ bezeichnen. Das neue Urteil ist noch nicht rechtskräftig. 

Manche Menschen haben von ihrem Geld und Vermögen nur die Furcht, es zu verlieren.

Antoine Rivarol

Mit einem Abo ist ja nichts verloren...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.


(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Mehr Mut, mehr Geld

(st) Mecklenburg-Vorpommerns Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) hat SED-Opfer ermutigt, ihr Recht zur Aufarbeitung des ihnen zugefügten Leids in Anspruch zu nehmen. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Verfolgung durch SED und Staatssicherheit muß uns weiterhin beschäftigen, erklärte Kuder anläßlich des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober.

Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern haben unterdessen Grüne und Linke gefordert, die monatliche „besondere Zuwendung“ von 250 auf 500 Euro zu verdoppeln. Außerdem soll die Opferrente jährlich in Höhe der Inflationsrate steigen.

Die Regierungsfractionen signalisierten nach einem Bericht der Ostseezeitung Zustimmung für eine teilweise Erhöhung. „Eine wie auch immer geartete Dynamisierung – diese könnte sich etwa an der Entwicklung der Renten orientieren – wäre sinnvoll“, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU, Andreas Texter. Stefanie Drese (SPD) sprach von einer „regelmäßigen Prüfung, ob Anpassungsbedarf besteht“.

Grüne und Linke haben die Landesregierung nun aufgefordert, sich auf Bundesebene für entsprechende gesetzlich festgeschriebene Erhöhungen einzusetzen. 

Immer neue Blutflecken

(drk) Der verfolgte chinesische Schriftsteller Liao Yiwu ist am 14. Oktober in der Frankfurter Paulskirche mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet worden. Der Autor war wegen seiner regimekritischen Schriften in China jahrelang inhaftiert und seine Bücher sind dort verboten. Letztes Jahr konnte er ausreisen und lebt seither im deutschen Exil. In seiner Dankesrede prangerte er die Unterdrückungsmethoden der chinesischen Führung an: „Menschen morden. Das war die Methode, um das Fundament des neuen Staates zu legen. Darüber herrschte eine stillschweigende Übereinkunft von Mao Tsetung bis Deng Xiaoping. Während der großen Hungersnot zwischen 1959 und 1962 verhungerten im ganzen Land beinahe 40 Millionen Menschen. Kaum begann Mao Tsetung deshalb um seine Macht zu fürchten, blies er zum Kampf gegen reale und irrealen Feinde und

verpaßte dem Volk eine Gehirnwäsche. Während der Kulturrevolution zwischen 1966 und 1976 wurden 20 bis 40 Millionen Menschen zu Tode gefoltert. Mao hatte abermals um seinen Thron gefürchtet, also hieß es, noch stärker zum Angriff gegen die Feinde zu blasen und dem Volk noch mehr das Gehirn zu waschen. [...] Weltweit ist man der Ansicht, der wirtschaftliche Aufschwung Chinas werde zwangsläufig politische Reformen nach sich ziehen und aus einer Diktatur eine Demokratie machen. Deshalb wollen jetzt all die Staaten, die dereinst wegen des Tiananmen-Massakers vom 4. Juni 1989 Sanktionen gegen China verhängten, die ersten sein, die den Henkern die Hand schütteln und mit ihnen Geschäfte machen. Obwohl dieselben Henker noch immer Menschen inhaftieren und umbringen, immer neue Blutflecken zu den alten hinzukommen und neue Greuelthaten die

alten armselig aussehen lassen. [...] Im Altertum waren Tibet, Xinjiang, die Mongolei oder Taiwan für China Ausland. Als in der Tang-Dynastie Prinzessin Wencheng nach Tubo, dem damaligen Tibet, verheiratet wurde, war das eine ebensolche Sensation wie die Hochzeit einer jungen Frau aus Schanghai in der Republikzeit mit einem Amerikaner. Warum müssen sich Tibeter heutzutage immer wieder öffentlich verbrennen? Könnte Tibet einfach ein freies Land sein, das Grenzen mit Sichuan und Yunan teilt, und nicht von einer fernen Diktatur in Peking unterdrückt wird, dann würde niemand aus diesem lebensfrohen Volk des Hochplateaus je einen Grund haben, sich ein solches Leid anzutun. [...] Dieses Großreich muß auseinanderbrechen, für den Frieden und die Seelenruhe der ganzen Menschheit – und für die Mütter aus dem Tiananmen.“

Bulgarische Aufarbeitung noch am Anfang

(StA) Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, hat die Gründung einer Stiftung zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Bulgarien empfohlen. „Die Erfahrungen in Deutschland zeigen den besonderen Wert einer unabhängigen Stiftung bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen“, sagte Anna Kaminsky während einer Veranstaltung mit hohen bulgarischen Regierungsvertretern am 12. Oktober in der bulgarischen Hauptstadt Sofia, bei der unter anderem der bulgarische Präsident Rossen Assenow Plewneliew anwesend war. Mit einer solchen Stiftung sei es möglich, nicht nur die Aktivitäten der

Staatssicherheit zu erforschen, sondern die Aufarbeitung in Bezug auf alle gesellschaftlichen Bereiche voranzutreiben. Bulgarien steht im Vergleich zu den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks bei der Aufarbeitung der eigenen kommunistischen Vergangenheit erst am Anfang.

Der Vorschlag wurde anlässlich der Eröffnung der zweisprachigen Ausstellung „Bulgarien 1944-1989. Verbotene Wahrheit“ im Staatsarchiv Sofia unterbreitet, die von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert worden war. Der vergleichende Blick der Ausstellung auf den Umgang mit der Geschichte in Bulgarien und der ehemaligen DDR soll wichtige Impulse für die

Aufarbeitung in Bulgarien bringen. Ziel der Wanderausstellung ist es außerdem, die Geschichte der kommunistischen Diktatur in Bulgarien auch in Deutschland bekannter zu machen.

Die zweisprachige Ausstellung zur Geschichte des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur Bulgariens 1944-1989 wird in Bulgarien und Deutschland gezeigt werden. Sie wurde von der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus in Berlin mit Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung erarbeitet und in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung präsentiert.

Neue Verhaftungen in Kuba

(st) Etwa zur gleichen Zeit, als die kommunistische Führung in Havanna ankündigte, ihren Bürgern künftig mehr Reisefreiheit zu gewähren, wurden nach einem Bericht der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mindestens 22 Bürgerrechtlerinnen in Kuba verhaftet. Am 14. Oktober organisierten die Mitglieder der Bürgerrechtsvereinigung „Damen in Weiß“ anlässlich des ersten Todestages ihrer ehemaligen Sprecherin Laura Pollán Protestmärsche in ganz Kuba. Die kubanischen Behörden reagierten darauf mit mindestens 22 Verhaftungen in Havanna,

Matanzas und Villa Clara. Dennoch marschierten allein in Havanna 47 „Damen in Weiß“ zum Andenken an die unter ungeklärten Umständen im Krankenhaus verstorbene Laura Pollán und für Bürgerrechte.

Die IGFM verurteilt, daß Kubanerinnen bedroht und verhaftet werden, nur weil sie in friedlichen Protestmärschen ihr Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung ausüben und die Freilassung der über 60 politischen Gefangenen in Kuba fordern.

„Zwangsadoptiert – Weihnachten ohne Mama“

Lesung aus dem Buch „Entrissen – der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm“ mit Autorin Katrin Behr und anschließender Gesprächsrunde in vorweihnachtlichem Rahmen.

12. Dezember 2012, 14.00 Uhr

Es laden ein der BSV-Förderverein und der BSV-LV Berlin-Brandenburg in die Ruschestr. 103, Haus 1 (Stasimuseum), Raum 212

Voranmeldung erbeten unter Tel. (030) 554 963 34

Stasi-Akten im Abitur

Präsentationsprüfung zum Thema Geheimdienst- und Technikgeschichte am Beispiel der DDR-Staatssicherheit

(st) „So sensibel Schüler heute auf Vorstellungen von Reglementierung, Zwang und Unterdrückung reagieren, so wenig gelingt es ihnen, diese Erfahrungen zu abstrahieren und auf die eigene Situation anzuwenden“, konstatierte Bernd Lippmann, Lehrer am Berliner Gymnasium Friedrich-Ebert, im Mai 2012 in „Himmel & Erde“, der Gemeindezeitung für den Wilmersdorfer Süden. Eine

tische Möglichkeiten. Betreuende Lehrer stellen sicher, daß sich die Prüflinge grundlegende Informationen aus außerschulischen Quellen besorgen. Diese müssen nachweisen, eines der folgenden Archive aufgesucht zu haben: BStU-Bibliothek, Matthias-Domaschk-Archiv, Stasimuseum Berlin. Anschließend holt der Lehrer die jeweiligen Akten ab, und die Schüler nehmen in einer Doppelstunde Einsicht. Sie dürfen sich Notizen und Kopien machen, Fotoaufnahmen sind nicht gestattet.

Hier eine Auswahl der angebotenen Themen.

Deutsch: Analyse geheimdienstlicher Begriffe am Beispiel des MfS; Das Wörterbuch des MfS der DDR; Sprache im MfS im Vergleich zur sonstigen Funktionärsprache; Kleinkunst-Texte (Kabarett), Distel, Academixer, Herkuleskeule u.a.m.; Der Eulenspiegel, verborgene Nachrichten; Wolf Biermann, die Texte; Die Texte von Uwe Kolbe; Der Schriftsteller Siegmund Faust; Literatur im Giftschränk; Das Deutsche Institut für Zeitgeschichte und die Literaturzensur

Musik: Der Beat-Aufstand (Leuschnerplatz Leipzig 1965); Die Renft-Gruppe, ihre Stellung im Kulturbetrieb; Gerulf Pannach, der sächsische Biermann; Die Klosterbrüder, der Haftfall Dietrich Keßler; Das Phänomen Punk-Musik, Kontrolle der Punk-Bands; Nachrichtencodierung in Liedtexten; „Absicherung“ von Musikern bei Auslandsaufenthalten; Tschechische Pop-Musik und die Freiheitsbewegung 1968

Sport: Der ZOV „Sportverräter“ am Beispiel des Fußballers Frank Lippmann; Der ZOV „Sportverräter“ am Beispiel des Fußballers Jörg Berger; Der ZOV „Sportverräter“ am Beispiel des Fußballers Lutz Eigendorf; Boxsport als Werbungsmoment für MfS-Mitarbeiter; Doping als geheimer Staatsauftrag, Vergleich mit Doping im Westen

Biologie: Aids-Forschung in der DDR; Menschenbilder, die Septikstation des Haftkrankenhauses Meusdorf; Züchtung kälteresistenter Bakterien und Prof. Adolf Henning Frucht; Alkoholmißbrauch als Problem der Gesellschaft; Drogenmiß-

brauch als Problem der Gesellschaft; Test von westlichen Medikamenten in Krankenhäusern der DDR; Mehrklassenmedizin in der DDR, der Fall des Prof. Hans Igel

Chemie: Das Zementwerk Rüdersdorf, Einsatz von jugendlichen Gefangenen; Propaganda mit B+C-Waffen; Die MfS-Dienststelle Leuna

Physik: Radioaktive Markierung durch das MfS; Einsatz von radioaktiven Materialien an den Grenzübergangsstellen; Infrarot-Laser-Lichtsprechgeräte am Beispiel von MfS-Technik; Die Operation Gold (1955): Abhören der sowjetischen Militärfunk; Grenze 2000, Planungen der elektronischen Grenzsicherung; Struktur und Arbeitsrichtungen des Operativ-Technischen Sektors; Struktur und Arbeitsrichtungen des Sektors Wissenschaft und Technik

Mathematik: Strukturen des Chiffrierwesens der DDR; Chiffrieralgorithmen von Verschlüsselungsmaschinen des MfS; Gruppentheoretische Analysen als Forschungsgebiet im MfS; Boolesche Algebra im Chiffrierwesen des MfS; Die Sektion Mathematik der TU Karl-Marx-Stadt

Spanisch: Die Sektion Spanisch der Sprachenschule des MfS; Die Beziehungen DDR-Kuba; Die Beziehungen DDR-Nikaragua; Die Bewachung der Urlaubsreisen in spanischsprachige Länder

Zeitgeschichte: Der rote Koffer, das Verhältnis von Mielke zu Honecker; Das Zuchthaus Cottbus; Das Zuchthaus Hoheneck; „Bruderorgane“ des MfS; Einsatz des MfS in Israel; Embargo-Bruch durch das MfS; Entführungsoperationen des MfS; Fälschungen durch das MfS, Fotos, Briefe, Texte; Antisemitismus in der DDR; Die Zeugen Jehovas im Visier des MfS; Die Westarbeit der DDR (MfS, FDGB, SED, Städtepartnerschaften...)

Darüber hinaus werden Themen in den Bereichen Kunst, Religion, Psychologie, Schule und Aufarbeitung angeboten.

Nach erfolgreich abgelegter Abitur-Prüfung wird mit Einwilligung des Schülers ein Exemplar der Prüfungsarbeit bzw. der Präsentation an die Stasi-Unterlagen-Behörde weitergegeben.



Das Friedrich-Ebert-Gymnasium in Berlin-Wilmersdorf.

Möglichkeit, diesem Problem besser beizukommen, könnte das von Lippmann entwickelte Projekt für Abitur-Prüfungen an seiner Schule sein, dem sich weitere Lehrer angeschlossen haben. In den unterschiedlichsten Fächern werden den Jugendlichen Prüfungsthemen mit dem Gegenstand Staatssicherheit der DDR angeboten. Konnten Schüler bisher lediglich die Spezialbibliothek der Stasi-Unterlagen-Behörde nutzen, so dürfen sie nun innerhalb dieses Projektes auch in ausgewählten Stasi-Akten direkt recherchieren. Allerdings sind die Akten vom BStU bereits einmal für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt worden.

Das Projekt basiert auf einem Konzept in mehreren Schritten. Zunächst informieren die Lehrer ihre Schüler über thematische

Propaganda für die Kleinen

Wie die DDR in einer Kinderzeitschrift Geschichte fälschte

(st) Vor 50 Jahren, am 23. Mai 1962, kam es in der geteilten Stadt Berlin am Spandauer Schiffschiffahrtskanal zu einem Schußwechsel zwischen Ost-Berliner Grenzposten und West-Berliner Polizisten. Dabei wurde der 21jährige DDR-Grenzsoldat Peter Göring von einem Querschläger getroffen und starb.

Im Juli/August-Heft 1968 veröffentlichte die ABC-Zeitung, nach eigenen Angaben „herausgegeben vom Zentralrat der Freien Deutschen Jugend für die Jungen Pioniere und Schüler der 1. bis 3. Klasse“, die Geschichte „Sein Freund“. Darin wird von der Patenschaft zwischen einer dritten Klasse und der 8. Grenzkompanie erzählt. Nun ist ein bei den Kindern besonders beliebter Soldat erschienen, der „von jener Nacht und von seinem Freund Peter Göring spricht“:

„Eine Stunde verging. Da drang aus der Scharnhorststraße ein bezahlter Bandit in das Grenzgebiet ein. ‚Halt, stehenbleiben! Grenzposten!‘ rief Karl Laumer. Der Verbrecher sprang in den Kanal und versuchte schwimmend nach Westberlin zu entkommen. Karl Laumer und Peter Göring gaben einige Warnschüsse ab. Sie beachtetten dabei streng den Befehl, nicht auf Westberliner Gebiet zu schießen.“

Im Ergebnis des wissenschaftlichen Forschungsprojekts „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989“ der Gedenkstätte Berliner Mauer in Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam wird die Identität des „bezahlten Banditen“ belegt: „Um den Fluchtversuch des 14-jährigen Wilfried Tews zu verhindern, eröffnen Angehörige der 1. Grenzbrigade das

Feuer und fügten dem Schüler aus Erfurt schwere Verletzungen zu, bevor er am westlichen Ufer geborgen werden kann.“ In der Studie wird ebenfalls nachgewiesen, daß die Kugeln der Ost-Berliner Grenzposten auf West-Berliner Gebiet einschlugen, weshalb West-Berliner Polizisten dem Flüchtling Feuer-schutz gaben.

Mit dem Tod Peter Görings entfachte die DDR-Führung eine beispiellose Haß-Kampagne gegen den Westen, man sprach von „Meuchelmord“, und das Leben des jungen Soldaten wurde glorifiziert. Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von Berlin, bedauerte den Tod des Grenzers, sagte aber auch, die Schuld daran trügen jene, die die Mauer errichtet hätten.

„Doch im selben Augenblick erhoben sich die Westberliner Polizisten aus ihren Deckungen, liefen zum Ufer und feuerten aus amerikanischen Gewehren auf unsere Grenzsoldaten. Peter Göring brach schwer getroffen zusammen, Karl Laumer wurde schwer verwundet. Mehrere Schüsse der Mörder blieben in einem Baum stecken. Nur diesem Umstand war es zu verdanken, daß sie nicht durch die Fenster des Kindergartens gingen und die fröhlich spielenden Kinder trafen. Drei Tage später trugen Soldaten der 1. Grenzbrigade Berlin ihren Genossen, den Unteroffizier Peter Göring zu Grabe, den Banditen in Westberliner Polizeiuniformen feige ermordet hatten.“

Über den tatsächlichen Wissensstand der DDR-Führung zu diesem Ereignis gibt ebenfalls die Studie der Gedenkstätte Aufschluß. In Ost wie in West sei es aktenkundig gewesen, daß die Mord-



Propaganda zunächst für die Großen: Titelblatt des Neuen Deutschland am 25. Mai 1962. Foto: Ralf Roletschek

Behauptungen eine Legende waren. Zu DDR-Zeiten unter Verschluss gehaltene Militär- und Justiz-Akten belegten klar, daß Peter Göring am Schußwechsel beteiligt war und getroffen wurde, als er gezielt auf den 14jährigen Schüler schoß. Die Schußwaffengebrauchsbestimmungen der DDR verboten indes, auf Kinder zu schießen wie auch in westliche Richtung zu zielen. „Die Kugel, die die tödliche Verletzung verursachte, traf Peter Göring, wie kriminaltechnische Untersuchungen in Ost-Berlin ergaben, nicht direkt, sondern als Querschläger, der zuvor von einer Mauer abprallte.“ (Vgl. Schlußbericht [des Mfs] Abt. K/Dez.U/ Mordkommission, 23.6.1962, in: BStU, Ast. Potsdam AKK Nr. 1672/82, Bl. 23-31, hier Bl. 28-29)

„Der Oberfeldwebel hat seinen Bericht beendet. Lange schweigen die Pioniere der 3b. Sie haben die Fäuste geballt und verbeißen sich die Tränen. Dagmar schluchzt leise vor sich hin. Am nächsten Morgen, es ist der 13. August, werden sie am Gedenkstein des Unteroffiziers Peter Göring Blumen niederlegen. Helga, Uwe, Dagmar und die anderen danken am 13. August den Genossen der Berliner Grenzbrigade, die für unsere Republik und für unser friedliches Leben auf Wacht stehen.“

Praktische Übung

In derselben Ausgabe der ABC-Zeitung wird zum „ABC-Geländespiel“ aufgefordert. „Die Soldaten der Nationalen Volksarmee sind unsere Freunde. Sie schützen unsere Republik und unser friedliches Leben. Wir wollen so mutig und einsatzbereit sein wie sie. In unserem Geländespiel eifern wir ihnen nach. Genossen der Nationalen Volksarmee, der Volkspolizei oder der Kampfgruppen helfen dabei als Schiedsrichter.“ Die Übungen sind unterteilt in „Alarm“, „Lautloser Eilmarsch“, „Tarnen“ und „Verstecke finden“. Auf einem Streifen am Rand sind verschiedene Militärfahrzeuge mit Waffen abgebildet und genau bezeichnet: Geschoßwerfer, Luftabwehrraketen, taktische Raketen, ballistische Rakete, Strategische Mittelstreckenrakete, dreistufige interkontinentale Feststoffrakete, dreistufige Orbitalrakete.

Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR

Ein Phänomen deutscher Teilungsgeschichte

Von Bernd Lippmann

Teil 1

Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR bedeutete, daß die DDR in ausgewählten Haftfällen auf einen Teil ihres Strafanspruchs verzichtete und dafür von der Bundesrepublik Deutschland entlohnt wurde. Diese Entlohnung geschah in Form von geldwerten Leistungen, vornehmlich von Warenlieferungen. Geld wechselte nur am Anfang und später in Ausnahmefällen den (staatlichen) Besitzer.



Der Freikauf war sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR nicht unumstritten. Im Westen wurde intern unter den Akteuren wie auch in der Öffentlichkeit von Menschenhandel, an dem man sich beteilige, gesprochen.

Das übergeordnete Ziel, menschliches Leid von Deutschen, die unverschuldet in Not geraten sind, zu lindern, ließ diese Bedenken zurücktreten. Deutsche in der DDR wurden als Deutsche im Sinne des Grundgesetzes angesehen. Dieses Gesetz wiederum basierte auf dem immer noch geltenden Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahre 1913. Das Festhalten an dem Grundsatz der Verpflichtung gegenüber solchen Staatsbürgern war für die Bundesrepublik Deutschland politisches Axiom, nicht etwa nur humanitäres Erfordernis. Im übrigen folgte daraus auch, daß die DDR nicht als solche anerkannt war. Die Existenz eines Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (BMB) oder der Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin waren dafür offen sichtbare Zeichen.

Mit der KSZE-Schlußakte von 1975, vor allem im Hinblick auf den „Korb III“ erhielten die Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland neuen Auftrieb. Besonders Menschenrechtsorganisationen, z.B. amnesty international (ai) und die Gesellschaft für Menschenrechte (GfM), klag-

ten von der DDR die Gewährleistung von Ausreisemöglichkeiten ein, wozu sich das Regime eigentlich verpflichtet hatte, so jedenfalls die Interpretation im Westen und in großen Teilen der DDR-Bevölkerung.

Obwohl der Freikauf in der DDR nicht öffentlich diskutiert werden durfte, war er natürlich als solcher bekannt. Viele der Ausreiseantragsteller und Flüchtlinge der 80er Jahre rechneten im Falle des Falles mit dem Rettungsseil Freikauf. Wenn alles schief ging, konnte man immer noch auf den Freikauf hoffen. Es gab in den späteren Jahren der DDR sogar Fälle, in denen ein Scheitern der Flucht geradezu planmäßig in den Freikauf münden sollte. Es liegt nahe, und es ist empirisch bestätigt, daß der Freikauf auch unter den Gegnern des SED-Regimes in der DDR als eine zweischneidige Sache angesehen wurde.

Aber die Hoffnung, die Haftanstalt vorzeitig und dann auch noch in Richtung Westen verlassen zu können, überwog die eher theoretisch orientierten Bedenken. Ein wesentliches Argument dabei war, vom Westen aus das SED-Regime viel besser bekämpfen zu können als im Zuchthaus oder nach der Entlassung in der DDR. Allerdings haben sich nur wenige der ehemaligen politischen Häftlinge nach ihrer Entlassung in den Westen aktiv an den Auseinandersetzungen mit der DDR beteiligt. In vielen Fällen wurde das berufliche und private Vorankommen im Westen als wichtiger empfunden als das Einhalten der Verpflichtungen, die man sich in der Haft auferlegt hatte. Zudem mangelte es im Westen an Interesse gegenüber Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Wer dennoch politisch aktiv wurde, ist als Kalter Krieger stigmatisiert worden, wie z.B. Karl Wilhelm Fricke. Andere bezahlten für ihre Haltung einen hohen Preis: die dauerhafte Einreiseverweigerung und, in besonderen Fällen, die Gefahr der Entführung oder des Mordes.

Im wesentlichen verband die SED mit der Freilassung von Häftlingen in den Westen zwei Ziele: die Erwirtschaftung von Devisen und die Reduzierung oppositionellen und widerständigen Potentials. Beide Komponenten machten der SED-Führung

ideologische Bauchschmerzen. Folgerichtig forderte die SED den Ausschluß der Öffentlichkeit. Sie forderte von der Bundesrepublik, daß die demokratische Presse „an die Leine“ gelegt werden sollte. Die Printmedien und Radio/ Fernsehen hielten sich nur zum Teil an dieses Erfordernis. Interessant ist, was Axel Springer, einer der Initiatoren des Freikaufs auf westlicher Seite, dazu sagte. Bestimmte Nachrichten, und dabei meinte er Nachrichten, die sich auf den Freikauf bezogen, töteten, anstatt zu informieren. Springer unterstützte den Freikauf von Anfang an. Er befürchtete, daß die SED bei öffentlicher Darstellung dieser Vorgänge den Freikauf zum Erliegen bringe.

In der SED-Führung wußte man natürlich durch die Berichte des Staatssicherheitsdienstes, daß große Teile der Bevölkerung alles andere als begeisterte Anhänger der SED-Diktatur waren. Dennoch riskierte man die Freilassung der Häftlinge gegen Geld aus dem Westen. Heute ist empirisch belegbar, daß mit dem Freikauf das oppositionelle Potential keinesfalls abgebaut wurde. Die Anzahl der aus politischen Gründen Inhaftierten schwankte zwar, ging aber im Schnitt nicht zurück, denn die Sogwirkung des Freikaufs war enorm. Schließlich änderte sich die menschenrechtsverletzende Situation in der DDR in keiner Weise.

Unter den Freigekauften befanden sich viele Akademiker, viele Facharbeiter. Der Witz-Spruch „Erich macht als Letzter das Licht aus“ bekam durchaus eine reale materielle Bedeutung. Irgendwann hätten, satirisch projiziert, die SED-Funktionäre die Arbeit im Staate machen müssen. Aber dazu kam es bekanntlich nicht. 1989 kapitulierten sie, waffenstarrend, vor Kerzen-Trägern.

Systematisch begann der Freikauf am 14.8.1964, als zwei Busse die Haftanstalt des MfS Karl-Marx-Stadt in Richtung Westen verließen. Die Busse mit freigekauften Häftlingen fuhren zunächst bis ins Grenzgebiet bei Eisenach. Dort wechselten die Häftlinge im „Wäldchen der Freiheit“ den Bus. Busse der Firma Reichert aus Hanau übernahmen die Frauen und Männer, um sie dann in das Notaufnah-

melager in Gießen zu fahren. Später fuhr Busse aus dem Westen mit Wechselkennzeichen direkt über die Grenze nach Gießen. Ende der 80er Jahre wurden die Gefangenen in kleinen Gruppen in normale Interzonenzüge gesetzt.

Schon vor 1964 wurden einzelne Aktionen abgewickelt. Die Kirchen einerseits und der Berliner Senat andererseits zeichneten Anfang der 60er Jahre auf westlicher Seite für Freikauf- und Austauschaktionen verantwortlich. Als die finanziellen Größenordnungen die Möglichkeit der Kirchen überstiegen, trat nunmehr der Staat auf den Plan. Die Freikäufe des Jahres 1964 und später basierten demgemäß auf staatlichen Verhandlungen. Genau genommen gehen solche Aktionen bis in die späten 40er Jahre zurück. Immer wieder gab es auch vor 1964 einzelne Austausch- und Freikaufaktionen, teils staatlich, teils kirchlich, teils privat finanziert.

Eine der bekanntesten Freitauschaktionen wurde am 10.2.1962 durchgeführt. Der über der Sowjetunion abgeschossene U2-Pilot Gary Powers wurde gegen den sowjetischen Spion Rudolf Abel ausgetauscht. Auf östlicher Seite spielte dabei ein Rechtsanwalt eine tragende Rolle, der später bei weiteren Austausch- und vor allem bei den Freikaufgeschäften als Vermittler im Auftrag des jeweiligen SED-Vorsitzenden wirkte: Wolfgang Vogel. Vogel wurde 1925 in Schlesien geboren, studierte Jura in Jena und wurde Anwalt in Ost-Berlin. Im Zusammenhang mit der Flucht seines damaligen Chefs im Ministerium der Justiz, Dr. Rudolf Reinartz, in den Westen am 24.10.1953 geriet er in den Dunstkreis des Staatssicherheitsdienstes. Einige Jahre fungierte er als Geheimer Mitarbeiter (Geheimer Informator, spätere Bezeichnung IMS – Inoffizieller Mitarbeiter Sicherheit), später arbeitete er als Beauftragter des SED-Generalsekretärs gewissermaßen oberhalb der Ebene des Geheimdienstes.

Die Grundlage für den Freikauf war ein gemeinsames Interesse der beiden deutschen Regierungen, das allerdings, wie oben dargestellt, höchst unterschiedlich begründet war. Die Asymmetrie in der Interessenlage trat jedoch hinter die pragmatischen Strategien der Politik zurück. Dabei gab es ein grundsätzliches Problem, und zwar bis zum Ende des Freikauf im Jahre 1989: Verhandlungen auf Regierungsebene durfte es nicht geben. Der Ausweg bestand darin, die Verhandlungen auf die Ebene von beauftragten Anwälten zu legen. Auf östlicher Seite war von Anfang bis Ende

Willkommene Einnahmequelle

(fi) Die Bonner Regierung wußte, daß sie nicht nur Regimekritiker freikaufte, sondern auch Kriminelle und sogar Stasi-Spitzel, berichtete Der Spiegel im September 2012. Dies gehe aus bisher unbekanntem Dokumenten des Bundesverfassungsschutzes und anderer westdeutscher Behörden hervor. Zwischen 1963 und 1989 habe Bonn insgesamt 31 775 Häftlinge aus DDR-Gefängnissen freigekauft und mit Waren im Wert von 3,4 Milliarden Mark gezahlt.

Der Bundesverfassungsschutz berichtete 1968, manche aus DDR-Gefängnissen Entlassene „schienen völlig undurchsichtig und zweifelhaft. Die tatsächliche Anzahl derjenigen, die früher für das MfS tätig waren, und derjenigen, die bei Entlassung einen Auftrag erhielten, liegt bestimmt höher als angegeben.“ Manche Freigekaufte kehrten, kurz nachdem die Bundesregierung für sie gezahlt hatte, aus dem Westen in die DDR zurück.

Frustriert berichtete der zuständige Direktor des Verfassungsschutzes über drei Aktionen zum Häftlingsfreikauf zwischen 1966 und 1968: „Unter den 717 Haftentlassenen befanden sich nur noch 112 ‚politische Täter‘“. Der Bericht schloß mit der Einschätzung, daß die DDR „die humanitären Maßnahmen der Bundesregierung als willkommene Einkommensquelle nutzt“. Bonn zog keine Konsequenzen, die Regierung wollte nicht riskieren, daß Ost-Berlin den Handel ganz aufkündigte.

Wolfgang Vogel der beauftragte anwaltliche Mittelsmann. Auf westlicher Seite war es, ebenfalls von Anfang an und lange Zeit, Jürgen Stange, ein Anwalt aus Berlin-Wilmersdorf. Vogel arbeitete mit mehreren Unteranwälten in den Bezirken der DDR zusammen, Stange mit dem von der Evangelischen Kirche beauftragten Rechtsanwalt Reymer von Wedel und vor allem mit den Anwälten Wolf-Egbert Näumann und Ülo Salm. Hinter den Anwälten standen sozusagen die Institutionen beider Staaten. Auf östlicher Seite war für die Freikäufe das Ministerium für Staatssicherheit zuständig, auf westlicher Seite das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das diesbezüglich wiederum mit dem ihm angeschlossenen Gesamtdeutschen Institut zusammenarbeitete. Institutionen aus Ost und West also, die sich als politische Widerparts verstanden, bedienten sich der Anwälte, die zwischen den unterschiedlichen Interessenlagen vermitteln sollten.

Da der Staatssicherheitsdienst ein Instrument der SED zur Machtsicherung war, muß die Praxis der Freilassung von Strafgefangenen gegen geldwerte Leistungen in die Bundesrepublik Deutschland folgerichtig als ein Instrument der SED-Führung angesehen werden, welche die Ausführung an das MfS delegierte. Innerhalb des Führungs- und Entscheidungsgremiums der SED, dem Politbüro, war der Freikauf vermutlich nie ein Diskussionssthema. Solche Dinge „ließ man Mielke machen“. Das Ministerium des Innern und das Ministerium der Justiz, besonders die Staatsanwaltschaft, waren selbstverständlich peripher beteiligt. Schließlich verstanden sich die Institutionen der SED als Einheit im System des zentralistisch

verfaßten Staates. Eine wesentliche Rolle spielte Generalstaatsanwalt Dr. Josef Streit, im übrigen ein Vertrauter des Anwalts Vogel. Aber die entscheidende Rolle spielte in jeder Beziehung das MfS.

Innerhalb des MfS sind in erster Linie zwei Arbeitsgruppen zu nennen, deren Auftrag die Abwicklung der Entlassungsaktion war.

Die Arbeitsgruppe Flader, zur Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) gehörig, prüfte das personelle Umfeld der Personen, die auf die Freikauflisten kommen sollten. Oberst Manfred Flader war direkt dem letzten Vogel-Kontaktmann Gerhard Niebling unterstellt. Die ZKG wurde eigens wegen der gestiegenen Anzahl von Ausreiseartragstellern nach der KSZE-Schlußakte von 1975 gegründet. Die Haftsachen selbst prüfte ein Sonderreferat der Untersuchungsabteilung IX unter der Leitung von Oberst Heinz Enke. Die letztendliche Entscheidung für die Freilassung in den Westen wurde in diesem Sonderreferat getroffen und erst dann von Minister Mielke abgezeichnet. Vermutlich drückte Mielke jeder einzelnen Freilassung seinen Stempel auf. In Einzelfällen behielt sich Mielke, in Abstimmung mit Honecker, selbst die Entscheidung vor. Die beiden Erichs trafen dazu regelmäßig dienstags nach der Sitzung des Politbüros noch unter vier Augen zusammen.

(Der Autor, selbst als politischer Häftling aus der DDR freigekauft, hat den Beitrag 2008 als Vortrag an der Universität Marburg gehalten; leicht redaktionell bearbeitet und stark gekürzt; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.)

Stätte des Leidens

Gedenken am 67. Jahrestag der Wiederinbetriebnahme des ehemaligen KZ Sachsenhausen



Die Teilnehmer des Treffens an der Südostseite des Speziallagermuseums.

Überlebende des Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 sowie Angehörige und Freunde der Opfer trafen sich vom 21. bis 23. September 2012 in Oranienburg/Sachsenhausen.

Nach jahrzehntelangen Bemühungen des Vorstandes der Opfergemeinschaft konnte am 22. September vormittags endlich der mit Zuwegung und knappen Informationen versehene Ostbereich der ehemaligen Zone 2 des Lagers besichtigt werden. Überlebende des Lagers durften nun die Stätte ihres Leidens wiedersehen und legten tiefbewegt Blumen an kaum noch sichtbaren und überwiegend von Wildwuchs überwucherten Resten der Fundamente ehemaliger Baracken nieder. Sie beklagten jedoch, daß das Gelände inzwischen fast völlig zu einem Waldgebiet geworden sei, welches von Rehen und anderen Wildtieren bewohnt wird.

Es bedarf enormer Phantasie, sich das frühere Aussehen mit seiner völligen

Kahlheit, den hohen Mauern zwischen den Innenhöfen und entlang der ebenfalls nicht mehr im Urzustand vorhandenen Lagerstraße vorzustellen. Deshalb wäre es sinnvoll und wünschenswert, ausdrucksstarke Zeichnungen der überlebenden Zeitzeugen Wilhelm Sprick und Detlev Putzar zur damaligen Situation ständig auszustellen – etwa an der Mauer zur Zone 2 oder im Speziallagermuseum.

In der Vortragsveranstaltung zum Thema „Rehabilitation“ gab Dr. Klaus-Dieter Müller, flankiert durch den neuen wissenschaftlichen Mitarbeiter der Gedenkstätte, Dr. des. Enrico Heitzer, wertvolle Informationen. Folgende Fakten – zitiert aus dem Dresdner Arbeitsbericht 2009 von Frau Westfeld – seien beispielhaft genannt:

Insgesamt gab es 10 509 Rehabilitierungsentscheidungen. Von den nach Artikel 58-2 („Bewaffneter Aufstand oder Eindringen von bewaffneten Banden in das Sowjetgebiet ...“) des Strafgesetzbuches der RSFSR Verurteilten wurden 85 Prozent rehabilitiert, bei den vom Artikel 58-6 („Spionage“) waren es 99 Prozent. Bei 85 Prozent der Urteile nach Art. 58-8,9 („Begehung terroristischer Handlungen...“ bzw. „...Zerstörung und Beschädigung...“) kam es zur Rehabilitierung und bei Art. 58-14 („Gegenrevolutionäre Sabotage“) zu 89,5 Prozent. Jeder halbwegs gebildete Mensch weiß, wie willkürlich, abstrakt und unmenschlich die kommunistische Willkürjustiz derartige Vorwürfe erhob und aburteilte.

Am Abend stellten Joachim Krüger, 1. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, und Detlef W. Stein, OEZ Berlin-Verlag,

Lebenserinnerungen aus zwei Diktaturen unseres im März mit 90 Jahren verstorbenen Kameraden Werner Adermann vor. Das Buch trägt den Titel „Fußballplatz – Kriegsschauplatz – Pritschenplatz“ (ISBN 978-3-942437-06-6) und kostet 19,90 €.

Am 23. September gedachten wir der Toten. Mitglieder des Vorstandes fanden bewegende Worte des Gedenkens. Wir legten Kränze und Blumengebinde an den Massengräbern nieder: beim zuvor gesäuberten Areal im Schmachtenhagener Forst, an der Düne, am Stein vor dem Hochkreuz und am Gedenkstein an der Mauer zwischen den Zonen 1 und 2. Ein Holländer, dessen Vater die SS vermutlich im KZ Sachsenhausen ermordete, war mit seiner Begleiterin unser Ehrengast. Er trauerte mit uns und wurde ein guter Freund vieler Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft.

Die gemeinsam von der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und unserer Arbeitsgemeinschaft vorbereitete Gedenkfeier am sogenannten Kommandantenhof wurde musikalisch untermalt von einem Solo-Trompeter. Zum ersten Mal nahm ein Vertreter der Botschaft der Ukraine an der gemeinsamen Gedenkfeier teil.

Prof. Dr. Günter Morsch, Leiter der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Prof. Dr. Dr.-Ing. Sabine Kunst, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, und Joachim Krüger hielten Ansprachen. Nach einer kurzen Andacht unseres Vereinsmitglieds Pastor Andreas Rüß ergriff Detlev Putzar spontan das Wort und sagte als Zeitzeuge sehr Nachdenkliches.



Kranzniederlegung vor dem Hochkreuz durch Michael Ney (l.) und Joachim Krüger.

Im Anschluß daran wurden die Besucher der Veranstaltung zu einem Imbiß, ausgerichtet von der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, geladen. Dort konnten weitere Gespräche geführt und neue Interessenten für unsere Arbeitsgemeinschaft gewonnen werden.

Mit Worten aus dem reformierten jüdischen Gebetbuch "Tore des Gebets" (im Speziallager starben auch jüdische Inhaftierte, die erst kurz zuvor aus dem KZ entlassen worden waren!) machte Vor-

standsmitglied Mariagnes Pense bewußt, was es heißt, der Toten zu gedenken: „Beim Aufgang der Sonne und bei ihrem Niedergang erinnern wir uns an sie. Beim Wehen des Windes und in der Kälte des Winters erinnern wir uns an sie. Beim Öffnen der Knospen und in der Wärme des Sommers erinnern wir uns an sie. Beim Rauschen der Blätter und in der Schönheit des Herbstes erinnern wir uns an sie. Zu Beginn des Jahres und wenn es zu Ende geht, erinnern wir uns an sie.“

Wenn wir müde sind und Kraft brauchen, erinnern wir uns an sie.

Wenn wir verloren sind und krank in unserem Herzen, erinnern wir uns an sie.

Wenn wir Freuden erleben, die wir so gern teilen würden, erinnern wir uns an sie.

So lange wir leben, werden auch sie leben, denn sie sind nun ein Teil von uns.“

M. Guhde, V. Heydecke, M. Pense
(Mitglieder der AG Lager Sachsenhausen
1945–1950 e.V.)

Aufarbeitung auch mit 100 Jahren

Wie in den zurückliegenden 20 Jahren trafen sich auch in diesem Jahr wieder ehemalige Häftlinge des Speziallagers Nr. 9 Neubrandenburg/Fünfeichen zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung im Kino Latücht in Neubrandenburg und bei der Kranzniederlegung in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen. Obwohl die ehemaligen Häftlinge des Lagers alle ein Alter von 81 bis 100 Jahren erreicht haben und die Anreise aus Gesundheitsgründen immer schwieriger wird, möchte keiner dieses für sie wichtige Treffen missen.

Für viele unserer Teilnehmer gehören die jährlichen Fünfeichen-Treffen mit zu den Höhepunkten ihres jetzigen Lebens. Deshalb ist es wichtig, daß sie bei diesen Treffen einerseits Zeit haben für individuelle Gespräche mit ehemaligen Kameraden und daß andererseits etwas Neues geboten wird.

Bei unserer Veranstaltung am 6. Oktober stand die Premiere des neuen Films „Fünfeichen – Sibirien“ auf der Tagesordnung. Ehemalige Häftlinge, die im Anschluß an Fünfeichen noch für mehrere Jahre nach Sibirien kamen, berichteten über diese Zeit – 25 spannende Minuten im Kino Latücht. Viele Erinnerungen an diese schweren Zeiten wurden bei vielen anwesenden einstigen Internierten wieder wachgerufen. Vier von 146 noch lebenden ehemaligen Häftlingen in der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen haben in dem erstmals aufgeführten Film über ihre mehrjährige Gefangenschaft in Sibirien berichtet. Das Alter der Hauptakteure dieser Dokumentation liegt zwischen 82 und 100 Jahren. Hut ab vor dieser Leistung. Da über die Speziallager und die Arbeitseinsätze in Sibirien viele Jahre geschwiegen werden mußte, fehlen zur Erinnerungsarbeit über diese Geschichtsepoche authentische Berichte für die zukünftigen Generati-

onen. Wir als Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen sind deshalb bemüht, solange wir noch Zeitzeugen haben, ihr Wissen über diese Zeit in Filmen festzuhalten. Die biologische Uhr tickt – es wird immer schwieriger, für solche Projekte geeignete Zeitzeugen zu finden. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.

Der zweite Schwerpunkt der Veranstaltung war der Herausgabe einer Publikation über den mecklenburgischen Dichter Friedrich Griese gewidmet. Auch Friedrich Griese gehörte zu den 15 000 Internierten von Fünfeichen. Sein Aufenthalt im Lager verlief ganz anders als bei dem größten Teil der Lagerinsassen. Er kam relativ schnell wieder frei. Das Buch wird noch in diesem Jahr fertiggestellt.

Auch das Thema „Stelen für den Lehrpfad durch die Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen“ stand auf dem Programm, weil die Arbeitsgemeinschaft bestrebt ist, daß bis zur nächsten Gedenkveranstaltung im April 2013, dem 65. Jahrestag der Schließung des Lagers, endlich alle fünf Stelen an Ort und Stelle installiert sind und damit der komplette Lehrpfad der öffentlichen Nutzung durch den Oberbürgermeister der Stadt übergeben werden kann.

Außerdem informierte die Leiterin der AG Fünfeichen alle Teilnehmer darüber,



Dr. Rita Lüdtke, Leiterin der AG Fünfeichen, dankt den Zeitzeugen Erich Kleist, 100 Jahre (rechts unten), und Arnold Delander, 86 Jahre, für ihre Mitwirkung an dem neuen Film und übergibt jedem von ihnen eine DVD. Beide waren im Januar 1946 als Fünfeichen-Häftlinge nach Sibirien deportiert worden.

daß am 4. Oktober 2012 Egon Kühlbach, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, von Bundespräsident Joachim Gauck mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurde. Mit dieser hohen Auszeichnung erhält seine über 20jährige Aufklärungsarbeit der Schicksale von im Speziallager Nr. 9 Fünfeichen Verschollenen eine würdige Anerkennung. Die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen gehörte zu den ersten Gratulanten für diese Ehrung, dankte ihm für seine Arbeit und wünscht ihm jetzt vor allem Gesundheit.

Rita Lüdtke

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 17. und 24. November sowie am 1. und 8. Dezember, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

UOKG-Kongreß

Am 6. Oktober 2012 fand der Jahreskongreß der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) in Berlin statt. Das Thema in diesem Jahr war „Politische Schauprozesse als Mittel kommunistischer Herrschaftstechnik“. Die Veranstaltung, die in der Gedenkstätte Berliner Mauer in Berlin-Mitte stattfand, bot auf hohem Niveau aktuellste Informationen zu diesem Spezialgebiet der Forschung. Die anwesenden Referenten, wie z.B. Roger Engelmann, Historiker der Stasiunterlagenbehörde, vermittelten einen hervorragenden Einblick in den Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitung. Die Besucher des Kongresses konnten sich anhand der verschiedenen Vorträge einen guten Überblick über das Thema verschaffen. Unter anderem wurde referiert über Todesurteile in der DDR in den 50er Jahren, über den Güstrower Schauprozeß von 1950 und über die Einflußnahme der SED-Organen auf die Justiz der DDR.

Die teilweise sehr emotional geführten Diskussionen während des Kongresses machten deutlich, daß die Aufarbeitung der Thematik und die Auseinandersetzung mit den Folgen der Diktatur noch lange nicht beendet sind und weitergeführt werden müssen. Gerade die Äußerungen von persönlich Betroffenen und von Zeitzeugen vermittelten einen Eindruck vom individuellen Leid und der Grausamkeit, die hinter den damaligen Schauprozessen stand.

Die Bedeutung der Veranstaltung wurde untermauert durch die Anwesenheit u.a. von Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Hubertus Knabe, Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, und Vera Lengsfeld, ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin, die es als wichtiges persönliches Anliegen betrachteten, bei diesem Kongreß zugegen zu sein.

Jörg Plath

Fernsehballett präsentierte DDR-Symbole

(uokg) Am 19. Oktober feierte das Deutsche Fernsehballett sein fünfzigjähriges Bestehen. Das ehemalige Fernsehballett der DDR warb dazu auf seiner Homepage mit einem Foto, welches nackte Tänzerinnen des Ensembles zeigte, die lediglich mit FDJ- und DDR-Fahnen bedeckt waren. Während dies der Produzent des Balletts als „ironisch und frech“ bezeichnete, ist

es für die Opfer der SED-Diktatur einfach nur geschmacklos.

Der Bundesvorsitzende des Dachverbandes der Kommunismus-Opfer, Rainer Wagner, kommentierte: „Wer die Symbole einer Diktatur derart unkritisch und unhinterfragt zu Unterhaltungszwecken benutzt, verharmlost. Da hilft auch die Ausrede der Ironie nichts. So etwas mögen ehemalige SED-Mitglieder, wie die Intendantin des MDR, Frau Wille, oder der tschetschenische Tyrann Kadyrow lustig finden, aber wer in der DDR unter politischer Verfolgung gelitten hat, kann über so viel Geschichtsvergessenheit nur den Kopf schütteln.“

Wagner spielte damit auf einen Auftritt des Fernsehballetts bei der Geburtstagsfeier des tschetschenischen Präsidenten Kadyrow im Jahr 2011 in Grosny an und auf die DDR-Vergangenheit von Frau Wille. Diese war mit 18 Jahren aus Überzeugung der SED beigetreten und hatte in ihrer Doktorarbeit von 1985 dem Sozialismus gehuldigt.

Rainer Wagner bekräftigte in diesem Zusammenhang eine Forderung, welche die Opferverbände seit langem erheben: „Um solche Geschmacklosigkeiten zu verhindern, brauchen wir endlich ein Verbot von DDR-Symbolen.“

Kein Vorbild

(st) Mitte Oktober wurde bekannt, daß der Hauptausschuß der Stadt Zossen/Brandenburg am 25. Oktober über einen Beschlußvorschlag beraten sollte, einen Straßenabschnitt „M.-Burlakow-Allee“ zu benennen, und anschließend eine Empfehlung auszusprechen. Neben Klaus D. Voss, dem Vertreter des Deutschen Journalistenverbandes Brandenburg, protestierten die UOKG und die IGFM mit folgender Begründung gegen eine solche Benennung:

„Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM und die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG sehen dieses Vorhaben mit großem Unverständnis und Befremden, denn bei Generaloberst Matweij Burlakow handelt es sich um eine mehr als umstrittene Persönlichkeit. Die Perestroika Michail Gorbatschows, die das Ende der kommunistischen Diktatur herbeiführte und der Demokratie in Ost- und Mitteleuropa den Weg bereitete, bezeichnete er als ein ‚verbrecherisches Experiment‘ (Berliner Zeitung, 3.11.1994). In der Zeit, als die sowjetisch-russischen Streitkräfte sich unter Führung Burlakows auf den Abzug aus Deutschland vorbereiteten, war er offenbar an Waffengeschäften beteiligt und in Korruption verwickelt (Der Spiegel, 45/1994). Als der russische Journalist Dmitrij Cholodow in diesen Fällen zu ermitteln begann, wurde er mit einer Kofferbombe ermordet. Der damalige russische Präsident Boris Jelzin entband Matweij Burlakow daraufhin von seiner Funktion als Oberkommandierender der Westgruppe der sowjetisch-russischen Streitkräfte in Deutschland, um ‚die Ehre der russischen Streitkräfte‘ zu retten. Zwar wurde Generaloberst Burlakow später von einem russischen Gericht aus Mangel an Beweisen freigesprochen, doch es bleiben große Zweifel an seiner Unschuld. ... Bislang erinnert unseres Wissens noch keine Straße in Zossen an ein Opfer der SED-Diktatur. IGFM und UOKG regen daher an, das in Frage kommende Straßenstück nach einem Zosener Widerständler gegen die SBZ-/DDR-Diktatur zu benennen.“

Inzwischen wurde die Beschlußvorlage zurückgezogen.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

10. Häftlingstreffen in Bützow



Foto: Harry Hinze

Während des Treffens vom 23. bis 25. September wurden bei einer Gedenkveranstaltung am Denkmal für die politischen Häftlinge in der DDR in den Bützower Gefängnissen von den Teilnehmern Kränze niedergelegt. Die weiße Rose (unten) legte ein unbekannter Bützower später hinzu.

„Erinnerung als Auftrag“

Taschenkalender 2013 erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2013 ist veröffentlicht. Der praktische Kalender begleitet den Leser nicht nur durch die Gegenwart, sondern ist zugleich eine Chronik des Jahres 1953, indem er Tag für Tag auf große und kleine Ereignisse verweist, die dieses Jahr geprägt haben.

2013 jährt sich der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 zum sechzigsten Mal. Die Chronik illustriert Vorgeschichte,

Verlauf und Folgen des Volksaufstandes. Sie veranschaulicht, wie die Repressionen und Zwangsmaßnahmen der SED zur Durchsetzung ihrer Diktatur zu einer stetig anwachsenden Fluchtwelle und schließlich zum spontanen Massenprotest führten. Sie verdeutlicht darüber hinaus auch die große Solidarität, die die Menschen in der DDR nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes aus dem Westen erfuhren.

Die ersten 50 Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes

„Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung – Taschenkalender 2013 – Kronenstraße 5, 10117 Berlin bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Initiative Mahnmal

In der Ausgabe Nr. 5/2012 des Stacheldrahts erschien der „Aufruf zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft“. Mittlerweile sind bei der UOKG zahlreiche Unterstützerschreiben eingegangen, und wir bedanken uns für diesen Zuspruch ganz herzlich bei jedem, der unserem Aufruf gefolgt ist. Gleichzeitig möchten wir aber auch alle, die sich noch nicht an der Unterschriftenaktion beteiligt haben, ermuntern, unsere Mahnmalinitiative zu unterstützen. Jede Unterschrift kann helfen, die politischen Entscheidungsträger von der Notwendigkeit eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland zu überzeugen. Ein Aufruf zum Unterschreiben kann bestellt werden bei der UOKG e.V. – Geschäftsstelle Mahnmal, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin. Zu finden ist der Aufruf auch auf der Homepage der UOKG unter der Rubrik „Initiative Mahnmal“.

In einigen Leserbriefen ist der Wunsch geäußert worden, mehr über die Initiative und die dazugehörige Geschäftsstelle zu erfahren. Zum einen gibt es seit

April dieses Jahres ein vom Vorstand der UOKG berufenes Gremium, welches sich mit allen inhaltlichen Fragen rund um das Thema Mahnmal beschäftigt. Dieser Arbeitskreis, die „Initiative Mahnmal“, besteht aus insgesamt neun ehrenamtlich tätigen Mitgliedern. Zum anderen wird der Arbeitskreis ebenfalls seit April durch eine vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien geförderte Projektstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der internen Koordination unterstützt. Ziel dieses geförderten Projekts ist die Anregung einer gesellschaftlichen Diskussion über die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland. Nicht nur viele Unterschriften von Unterstützern sind sehr wichtig, wir möchten auch Förderer aus dem politischen und kulturellen Bereich gewinnen. Dazu planen wir für den Beginn des neuen Jahres eine Podiumsdiskussion.

Unterstützt wird die Initiative der UOKG durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, deren für das Jahr 2013 ausgeschriebener studentischer Gestaltungswettbewerb sich dem

Thema „Entwurf eines Denkmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der SBZ und DDR“ widmet. „Wir erhoffen uns, daß die Öffentlichkeit auch durch die Präsentation der Ergebnisse dieses Wettbewerbs auf die Notwendigkeit eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus aufmerksam gemacht wird und dies zu einer breiten Unterstützung für unsere Initiative beiträgt“, so der Sprecher der Initiative Mahnmal der UOKG, Ernst-Otto Schöneemann, über den Wettbewerb der Stiftung.

Anlässlich des Festaktes zum 20jährigen Bestehen der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft appellierte der Bundesvorsitzende Rainer Wagner in seiner Rede im Berliner Roten Rathaus an die Öffentlichkeit und an die Politik, ein Mahnmal an einem zentralen Ort in der Hauptstadt für alle Opfer des kommunistischen Herrschaftssystems in Deutschland zu unterstützen. Dies sei und bleibe ein fester Bestandteil der politischen Forderungen der UOKG.

Melanie Dore

Suchanzeige

Erinnerungen an Pfarrer Mund

Für eine wissenschaftliche Studie über Pfarrer Hans-Joachim Mund, den Seelsorger der politischen Gefangenen in der frühen DDR (Bautzen I, Brandenburg, Hoheneck, Luckau, Torgau, Untermaßfeld und Waldheim), werden Zeitzeugen gesucht. Wer sich an Begegnungen mit

ihm erinnert oder darüber Aufzeichnungen besitzt, wird um eine Mitteilung an folgende Adresse gebeten: Prof. Dr. Veronika Albrecht-Birkner, Universität Siegen, Fakultät I – Evangelische Theologie, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen.

Da schon aus Altersgründen nicht mehr viele SMTer Auskunft geben können, wäre es gut, wenn sich die noch Verbliebenen melden würden.

Ulrich Haase,
SMT 1949

Lernen hinter Gittern

Seit 1945 bis zum Ende der DDR war der Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den politischen Häftlingen hoch. Diese jungen Menschen hätten eigentlich ihre Ausbildung fortführen müssen, waren nun jedoch davon ausgeschlossen.

Eher am Rande berichten Zeitzeugen immer wieder, daß sich auf Sälen und in Zellen heimlich Gruppen bildeten, in denen Experten irgendeiner Fachrichtung (jungen) Mitgefangenen ihr Wissen vermittelten. Das reichte von Naturwissenschaften, Fremdsprachen Geschichte über Literatur, Philosophie, Notenlesen, Gedichte, Lieder bis zu Kochrezepten oder auch Fähigkeiten wie Sticken, Stricken und Nähen.

Manche Häftlinge haben sich, wenn sie Bücher ausleihen durften, auch allein

mit bestimmten Wissensgebieten befaßt. In Einzelfällen haben Gefangene marxistisch-leninistische Schriften studiert, um ihre Vernehmer in Argumentationsnot zu bringen. Bisher ist ein Fall bekannt, in dem ein Häftling seine Zellenkameraden in Widerstandsstrategie gegen die Vernehmer unterwies.

Dieser Teil der Haftgeschichten soll nicht verlorengehen! Das heimliche Lernen in Haft ist ein Zeichen von Stärke und Findigkeit, auch in scheinbar aussichtsloser Situation die menschliche Würde zu bewahren.

Die Redaktion sammelt Zeitzeugenberichte zum Thema „Lernen hinter Gittern“ für eine spätere Veröffentlichung im „Stacheldraht“ und wird die Berichte anschließend (auf Wunsch der Zeitzeugen) auch einem Archiv übergeben.

Bitte erinnern Sie sich!

In welcher Zeit, an welchen Haftorten haben Sie etwas gelernt (von Mithäftlingen oder durch eigene Beschäftigung)?

Haben Sie selbst etwas gelehrt?

Erinnern Sie sich an Fälle heimlichen Lernens in Haft bei anderen?

Kennen Sie Erzählungen von Angehörigen oder Freunden darüber?

Jeder Hinweis ist willkommen.

Bitte schriftlich an: Redaktion „Der Stacheldraht“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
(In Einzelfällen ist nach Absprache auch ein telefonischer Bericht möglich, Tel. 030 – 55 77 92 30.)

Treffen in Niedersachsen

Innenministerkonferenz soll sich mit Benachteiligung der SED-Opfer befassen

(hb) Niedersachsen wird die Forderungen der in Niedersachsen aktiven SED-Opferverbände auf der nächsten Innenministerkonferenz zur Sprache bringen. Diese Zusage gab Innenminister Uwe Schünemann bei einem Treffen mit den Mitgliedern des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasi-Opfer. Hartmut Büttner, der Sprecher des Netzwerkes, begrüßte das Angebot Schünemanns. Das aus vier Opferorganisationen und zahlreichen Einzelmitgliedern bestehende Netzwerk hatte sich in den letzten Monaten organisatorisch weiter gefestigt. Die häufig schon sehr betagten SED- und Stasi-Opfer haben immer noch erhebliche Schwierigkeiten, ihre verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden auch anerkannt zu bekommen.

Die sechzehn Bundesländer werden auffordert, eine gemeinsame Einrichtung mit fachkundigen Gutachtern zu schaffen, die vor allem über die nötigen geschichtspolitischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen. Damit könnte sichergestellt werden, daß die derzeit sehr unterschiedliche Anwendung der Bundesgesetze in den einzelnen Ländern für die Betroffenen weitgehend gleichrangig ausfällt.

Eine weitere Kernforderung richtet sich direkt an die Bundespolitik. Die als Opferrente bekannt gewordene Zuwendung von monatlich 250 Euro soll an alle ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur ausgezahlt werden. Zur Zeit wird diese „Besondere Zuwendung“ nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes nur in sozialen Notlagen ausge-

reicht. Dabei empfinden die meisten Betroffenen diese Leistung vor allem als Anerkennung des wiedervereinten Deutschlands für ihren Einsatz für Demokratie und persönliche Freiheit.

Sieger der Geschichte

Mitte Oktober dieses Jahres trafen sich in Bad Hersfeld 25 Mitglieder der Initiativegruppe „Lager X des MfS, Hohenschönhausen“ zum 18. Mal nach der Haftentlassung vor 45 Jahren. (Gelegentlich wurde dieses Lager X auch als Internat der Hochschule für angewandten Sozialismus bezeichnet.)

Aus Ablehnung des ungerechten und verbrecherischen Staates DDR war bei allen während der Haftzeit eine fundierte Weltanschauung geworden, die bis heute immer wieder Bestätigung findet. Unsere damaligen Ansichten haben sich als richtig erwiesen, wir können stolz sein, uns dem System der DDR in unterschiedlicher Weise in den Weg gestellt zu haben – Vorläufer der späteren Bürgerbewegungen, die zum Ende der DDR führten.

Die menschenfeindliche Ideologie unserer Bewacher und Peiniger dagegen ist gescheitert. Alle empfinden es immer noch als großes Glück, daß der Freikauf durch die damalige Bundesrepublik uns die Chance für ein zweites Leben in Freiheit ohne staatliche Repressionen geboten hat, die wir alle erfolgreich genutzt haben.



Foto: Netzwerk Niedersachsen

Der Sprecher des Netzwerkes, Hartmut Büttner MdB a.D. (2. von rechts), trägt Innenminister Uwe Schünemann (rechts) die Anliegen der SED- und Stasi-Opfer vor.

H.-P. Schudt

Ausgezeichnet

(st) Am 4. Oktober erhielten der Pfarrer und Autor Matthias Storck sowie seine Frau Christine das Bundesverdienstkreuz aus der Hand des Bundespräsidenten. Storck hatte sich als Student gegen den Wehrkundeunterricht in der DDR gewandt, wurde verhaftet und nach 14 Monaten freigekauft. Heute engagiert er sich stark für die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte Deutschlands und für Versöhnungsarbeit.

Innerhalb der Veranstaltungsreihe „Checkpoint Q“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung wurden im Oktober drei ehemalige DDR-Heimkinder, die heute als Zeitzeugen zur politischen Aufklärung beitragen, mit dem Titel „Botschafter für Freiheit und Demokratie“ geehrt. Es sind Rocco Holler, Kerstin Kuzia und Manfred Migdal.

Am 29. Oktober erhielten 15 ehemalige Fluchthelfer das Bundesverdienstkreuz am Bande: Hasso Herschel, Dieter Hötger, Hubert Hohlbein, Ralph Kabisch, Klaus von Keussler, Achim Neumann, Ulrich Pfeifer, Hartmut Richter, Achim Rudolph, Wolfhard Schrodter, Peter Schulenburg,

Harry Seidel, Jürgen Sonntag, Rudi Thuro und Burkhard Veigel. Veigel sagte dazu: „Natürlich nehmen wir alle diese Ehrung stellvertretend für die vielen anderen Fluchthelfer entgegen, die jetzt nicht ausgezeichnet werden. Ich persönlich widme mein Verdienstkreuz ausdrücklich auch den an der Grenze erschossenen Fluchthelfern Dieter Wohlfahrt, Heinz Jercha und Siegfried Noffke und den bereits verstorbenen Fluchthelfern wie Detlef Girmann, Dieter Thieme, Bodo Köhler, Reinhard Furrer, Christian Zobel, Egon Hartung, Siegfried Lonscher etc. Aber auch die vielen ‚Paßfälscher‘ und ‚Autoubauer‘ möchte ich durch meine Ehrung geehrt wissen – alle idealistischen Fluchthelfer! Ich freue mich besonders darüber, daß offensichtlich bei der Politik und in der öffentlichen Wahrnehmung ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat in der Form, daß Fluchthelfer keine Störenfriede der Annäherung mehr sind, sondern ehrenwerte Mitbürger!“

Zum 41. Mal haben die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege den Medienpreis zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland vergeben. In diesem Jahr



Die „Botschafter für Frieden und Demokratie“: (v.l.) Manfred Migdal, Kerstin Kuzia und Rocco Holler.

wurde in der Sparte Hörfunk Gabriele Stötzer für ihre Reportage „Frauenzucht-haus Hoheneck – Demütigung, Willkür, Verrat“ ausgewählt. Laut Jury zählt das Feature „zu den herausragenden journalistischen Arbeiten, die sich durch Brisanz der Themen sowie besondere Eindringlichkeit der Erzählung“ auszeichnen. Die Autorin war selbst in Hoheneck inhaftiert.

Allen Ausgezeichneten herzlichen Glückwunsch! 🇩🇪

Leserbrief

Warten auf die Aufarbeitung

Zum Beitrag „Nichts zu bekennen und zu bereuen“, Nr. 7/2012, S. 5

In einem Buch von Pfarrer Dietmar Linke wurde die Tätigkeit Alexander Radlers als IM des Ministeriums für Staatssicherheit 1994 aufgedeckt: „Theologiestudenten der Humboldt-Universität: Zwischen Hörsaal und Anklagebank“.

Als Radler dann 1994 als Theologieprofessor an die Martin-Luther-Universität berufen werden sollte, regte sich in der „Kirche von unten“ massiver Widerstand. Es gab Proteste bei der EKD, die eine Berufung auch hätte verhindern können, doch von den Kirchen wurde die Berufung nicht beanstandet.

Daraufhin versammelten sich am 6. November 1994 einige Demonstranten, zu denen auch Heidi Bohley und Wolfgang Kupke gehörten, in der Marktkirche Halle/Saale. Noch vor Beginn des Gottesdienstes ließen sie von den Emporen Flugblätter auf die versammelten Synodalen, Bischöfe und Politiker regnen. Auch dem damaligen Ministerpräsidenten

Höppner wurde ein Flugblatt übergeben. Die Protestanten verließen auf Wunsch der EKD-Vertreter dann die Kirche.

Auf dem Flugblatt stand u.a.: „IM Thomas' Alexander Radler Professor für Theologie in Halle/S. half bei der Festnahme von Theologiestudenten in Berlin.“ Es wurden auch die Fälle Manfred Stolpe, Horst Gienke, Günter Krusche und Eckart Giebeler darauf erwähnt, die wegen Zusammenarbeit mit dem MfS ebenfalls belastet waren und bei denen die evangelischen Landeskirchen keinerlei Sanktionen verhängten. Radler hat sich über die Aktion anscheinend sehr erschrocken, denn er verließ Deutschland fluchtartig, wieder in Richtung Schweden, und trat die Professur nicht an.

Dieser Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die Haltung vieler Landeskirchen, die zum Teil bis heute die engen Verbindungen ihrer leitenden Mitarbeiter – bis hin zu Bischöfen – zu SED und MfS

nicht aufgearbeitet haben. Bei einem Gespräch 1994 in der EKD Hannover wurde ganz deutlich ausgesprochen, daß in den Landeskirchen der ehemaligen DDR kaum Interesse an der Aufarbeitung dieser Problematik besteht. Während durch die friedliche Revolution die Machtstrukturen der SED aufgebrochen wurden, fand ein solcher Umbruch in den evangelischen Landeskirchen nicht statt. Auf die wirkliche Aufarbeitung und Öffnung aller Archive warten die Christen bis heute.

Hermann Schulze, Braunschweig

Da lacht der Klassenfeind

„Der IM hat keine politisch-operative Erfahrung zur Bearbeitung feindlich-negativer Personen, er ist jedoch anpassungsfähig.“

MfS-BV Magdeburg

Noch einmal: Tatort Bulgarien

Meine Mutter und ich waren vom 5. bis 29. Juni 1966 in Sofia in Haft. Im April 1961 hatte mein Vater den Unrechtsstaat DDR verlassen, um nicht erneut wegen seiner Ansichten über die DDR inhaftiert zu werden – von 1958 bis 1959 war er in politischer Haft gewesen.

Unser Vorhaben, meinem Vater im Juli 1961 zu folgen, wurde durch einen Verrat an die Staatssicherheit unterbunden. Wegen der Abnahme unserer Personalausweise (und Ersatz durch provisorische Exemplare) durften wir nicht in Ost-Berlin einreisen. Davon abgesehen, war es nun aus mit dem Traum von Freiheit. Nach dem 13. August 1961 bekamen wir die Originalausweise zurück. Die Versuche einer legalen Ausreise schlugen fehl.

1965/66 kam meinem Vater die Idee zu einem Familientreffen in Bulgarien mit anschließender Flucht in die Bundesrepublik. Das Treffen fand in Nessebar statt. Mein Vater hatte dort am Hafen einen Fischer gefunden, der uns für 2000 DM mit einem Motorboot in die Türkei bringen sollte. Wir trafen uns mit ihm im Dunklen. Als wir auf dem Boot waren, wurden wir im nächsten Moment von bulgarischen und DDR-Staatssicherheitsleuten festgenommen. Der Fischer lieferte Flüchtlinge an die Stasi aus.

Statt mit Handschellen, band man uns die Hände mit Bindfaden auf dem Rücken zusammen. Nach kurzen Vernehmungen verbrachten wir die Nacht in Nessebar.

Die Zelle war unter aller Würde, verdeckt bis dorthinaus. Ich hatte das Gefühl, in einem Schweinestall zu sein. Am nächsten Tag wurden wir, meine Mutter, mein Vater und ich, mit dem Zug über Stunden nach Sofia gebracht.

Im Gefängnis angekommen, trennte man uns. Nach den Leibesvisitationen bekam ich meine Kleidung wieder, die Schuhe ohne Schnürsenkel. In der Zelle war bereits eine junge Frau (in meinem Alter, ca. 22 bis 24 Jahre) untergebracht. Sie war auch wegen Flucht in Haft und stammte aus Thüringen.

Auch hier war das Wort Sauberkeit und Hygiene ein Fremdwort. Die Decken konnte man an die Wand stellen. Einmal pro Woche gab es 30 Minuten Hofgang, alle zehn Tage konnte man duschen. Die Verpflegung bestand aus Brot und einer roten Substanz, die wohl Konfitüre sein sollte. Zum Mittagessen erhielten wir eine rote Suppe mit Nudeln, Reis oder weißen Bohnen. Der Behälter war ein Benzinkanister. Gegessen haben wir aus einem Alu-Blechnapf. So konnten wir sagen: „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt.“ Eine kleine Holzkelle diente als Löffel.

Meinem Vernehmer waren die Vernehmungen mehr als lästig. Er war von uns deutschen Flüchtlingen gar nicht erbaut. Es stehe ihm bis unter die Haarwurzeln, konnte ich aus seiner Geste mit der Hand schließen. Meine Antwort darauf war, er solle uns laufenlassen und hätte keine

Arbeit mehr. Darauf gab er keinen Kommentar.

Eines Tages betrat ein bulgarischer Staatsanwalt die Zelle. Auf meine Frage, wann wir in die DDR kämen, meinte er, dort erwarte uns auch nur das Gefängnis. Als ich erwiderte, wir seien Deutsche und keine Dreckschweine, holte er zum Schlag aus. Zum Glück schlug er nicht wirklich, ich wäre in die nächste Ecke geflogen.

Einen Tag vor unserer Auslieferung an die DDR fand noch ein Treffen mit meiner Mutter und meinem Vater statt. Die toten Augen meines Vaters werde ich nie vergessen. Das Bild hat sich mir tief eingeprägt. Ein paar Tage später konnte er Bulgarien verlassen. Um einem Prozeß zu entgehen, mußte er innerhalb einer vorgegebenen Zeit das Land verlassen haben.

Am Abend des 30. Juni 1966, nach einer Zwischenlandung in Ungarn, kamen wir in Ost-Berlin an. Vom Flughafen ging es per Grüner Minna in ein Stasi-Gefängnis. Dort waren wir eine Nacht. Am nächsten Tag wurden wir nach Karl-Marx-Stadt zum Stasi-Gefängnis „Kaßberg“ gebracht.

Man sagt ja immer, zur Aufarbeitung gehöre, wenn möglich, den „Tatort“ aufzusuchen. Ich war mit meinem Mann 1987 an dem Ort des Geschehens. Es war eine Tragödie. Ich hatte Albträume, als würde ich sie real erleben.

Anita Kutschkau



Der Hafen von Nessebar. Hier irgendwo fand Anita Kutschkaus Vater den Fischer, der die Familie später verrät.

Diesen Zeitzeugenbericht schrieb Anita Kutschkau, nachdem in der vorigen Ausgabe der Beitrag „Tatort: Bulgarien. Versöhnung nach 32 Jahren – eine Traumabewältigung“ von Anke Jauch erschienen war.

Zu diesem Thema weiterführend: www.anke-jauch.de

„Die Stasi packt zu“, August v. Goethe Literaturverlag Frankfurt, ISBN 978-3-86548-714-8

„Aktionsforschung“ Handlungsforschung im Zusammenhang mit Familienzersetzung in der DDR, als Symbol Deutscher Wiedervereinigung, AVM Verlag, ISBN 978-3-86924-006-0, <http://ejolts.net/node/178> in englischer und deutscher Sprache

Veranstaltungen

18.11. (So), 17.00 Uhr:

Chorkonzert zum Volkstrauertag; Veranstaltung der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

19.11. (Mo), 19.00 Uhr:

„Literaturinventur: Staatssicherheit“. Ein Streifzug durch die neue deutsche Literatur mit Dr. Matthias Braun, BStU, u. Andrea Schöning, Schauspielerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dom St. Nikolai, Domstr. 54, 17489 Greifswald

21.11. (Mi), 19.00 Uhr:

1982 – Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution. Die neue Opposition in der DDR. Kurzvortrag v. Christoph Wunnicke, Historiker, Berlin, u. Diskussion mit Dr. Jutta Beggenau, Medizin-Soziologin, Berlin, Michael Beletes, ehem. Sächs. LStU, Blankenstein, Reinhard Weißhuhn, Architekt, Berlin, Tom Sello, Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. im Rahmen der Reihe „3 aus 40 Jahren DDR“; Ort: Rathaus Mitte, Robert-Havemann-Saal, Karl-Marx-Allee 31, Berlin-Mitte

22.11. (Do), 10.00-17.00 Uhr:

Opferrente bis Stasi-Akten-Einsicht. Bürgersprechtag d. LStU Thüringens; Ort: Mühlhausen, Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Brunnenstr. 97, R. 110

22.11. (Do), 19.00 Uhr:

„Wenn sich der Untergrund bewegt“. Chansonabend mit gelesenen Texten von und mit Karl-Heinz Bomberg; Veranstaltung der Buchhandlung 89; Ort: Buchhandlung 89, Grünberger Str. 84, 10245 Berlin

22.11. (Do), 19.00 Uhr:

Leipzig wird rot. Das Jahr 1949 in Zeitungsberichten und Fotografien. Lesung u. Buchvorstellung mit Dr. Mark Lehmsstedt, Herausgeber, u. Steffi Böttger, Schauspielerin u. Sprecherin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

23.11. (Fr) – 24.11. (Sa):

Operationsgebiet BRD. Die Einflußversuche der SED in Westdeutschland. Seminar der Point Alpha Akademie u.a.; Anmeldung per E-Mail akademie@pointalpha.com, Tel. unter (03 69 67) 593 59 01; Ort: Point Alpha Akademie, Schloßplatz 4, 36419 Geisa

26.11. (Mo), **geänderter Termin!**, 18.00 Uhr:

Erinnerung der Repression – Repression der Erinnerung. Vortrag u. Diskussion mit Elena Zhemkova, Memorial Moskau; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 8, 10117 Berlin

Vater der Einheit?

Die vielen Rezensionen der neuen Biographie über den einstigen Bundeskanzler Helmut Kohl loben ihn überaus als einen entscheidenden Mit-Erbauer der Europäischen Union. Seine Rolle bei der deutschen Einheit, immerhin doch das Kernstück der Bonner Verfassung, wird weniger erwähnt und bleibt oftmals oberflächlich. Das dürfte kein Zufall sein, denn bis zum Fall der Berliner Mauer ist seine Ostpolitik nicht besonders bemerkenswert: Bereits 1983 hat er sich mit der Zweistaatlichkeit abgefunden. Wenn eine Überschrift im Buch „Defensive Deutschlandpolitik“ lautet, so enthält sie die volle Wahrheit. Bonn war in puncto Einheit kaum aktiv. Schon im folgenden Jahr vermeidet auch Kohl das Wort „Wiedervereinigung“. Zweifellos will er sie, doch steht diese in seinem Weltbild „nicht auf der Tagesordnung“ und werde wohl „noch Generationen dauern“. Er hat kein Gespür für den Aufbruch jenseits der Zonengrenze, den ständigen Hinweisen des Bundesnachrichtendienstes glaubt er nicht. Auch wenn das Buch dazu kein einziges Wort sagt, so ist Tatsache, daß das Bundeskanzleramt bei Beginn der Freiheits-Demonstrationen in Leipzig beim BND anfragt, ob es sich dabei um westdeutsche NPD-Rechtsextremisten handelt!

Zu Recht bemängelt der Bundeskanzler das schwindende gesamtdeutsche Denken gerade bei der geistigen Oberschicht in der Bundesrepublik; dort „träumt man von der Toskana, von der ‚widerlichen DDR‘ schon gar nicht“. Selbst als US-Präsident Reagan 1987 bei seinem Berlin-Besuch den Abriß der Mauer von Gorbatschow einfordert, herrscht in Bonn ein „doch ziemlich betretenes Schweigen“. Das gilt primär bei den Sozialdemokraten, welche nach ihren eigenen Äußerungen die Einheit längst aufgegeben haben. (Die in diesem Zusammenhang erfolgte Behauptung des Autors, Willy Brandts Geburtsort sei Rostock, wird der Leser als groben Fehler abtun.) Kohl rügt auch die CDU-Politiker, welche sich um einen Foto-Termin mit dem SED-Diktator Honecker drängen.

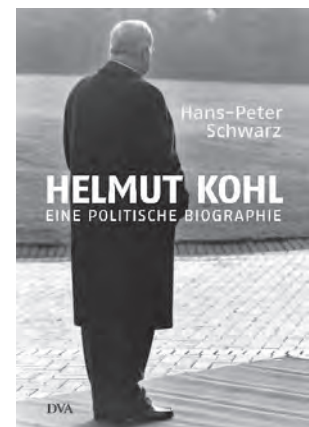
Bei der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 6. November 1989 (also drei Tage vor dem Sturz der Mauer) spielt die Wiedervereinigung keine größere Rolle. Bittere Wahrheit ist, selbst bei der CDU/CSU-Fraktion besteht in diesen Tagen „ein großes Zögern, diesen Begriff überhaupt zu erwähnen“. Man kann jene, die damals die zweite deutsche Diktatur unter Ein-

satz ihres Lebens bekämpften, verstehen, wenn sie all dies als geistig-moralischen Verrat an den Menschen im anderen Teil desselben Vaterlandes werten.

Vorwerfen muß man dem Autor das völlige Verschweigen des Gesprächs zwischen Kohl und dem polnischen Solidarność-Anführer Wałęsa an jenem 9. November, der ihm das Ende der Mauer innerhalb der nächsten drei Wochen voraussagt. Auf seine Frage, ob Kohl darauf vorbereitet sei, antwortet dieser barsch: „Das wird nicht passieren!“ Nur rund fünf Stunden später beginnt das Ende...

Gorbatschow kann er lange Zeit nicht einschätzen. Die Analyse aus Pullach, dieser sei angesichts der inneren Situation in seinem Land (nationale Erhebungen, unzureichende Versorgung, erste Unruhen) zu Kompromissen gerade in der Deutschland-Frage regelrecht gezwungen, verweist der Bundeskanzler noch im Oktober 1989 „in den Bereich der Phantasie“. Er glaubt, in seinem Gespräch mit dem Kreml-Führer Mitte Juni 1989 am Rhein bei diesem ein „Umdenken“ über Deutschland bewirkt zu haben – eine ziemliche Selbstüberschätzung. Gorbatschows ausschließliches Ziel sind die für sein System überlebensnotwendigen Milliarden-Kredite seitens der Bundesrepublik. Die marode DDR kann er rein wirtschaftlich ohnehin nicht mehr halten.

Erst nach dem Fall der Berliner Mauer, besonders bei seinem Besuch in Dresden, erkennt Kohl die ganze Tragweite der Situation. Er ergreift den berühmten Mantelzipfel der Geschichte, und in einer wirklich bewundernswürdigen Weise begeistert er die Menschenmassen in der untergehenden DDR. Es gelingt ihm, die nicht geringen Widerstände in Paris und besonders in London zu besänftigen und schließlich die Deutschen zur Wiedervereinigung zu führen. Insofern ist Helmut Kohl tatsächlich der „Vater der Einheit“. Die Voraussetzung dafür aber, was allzu oft vergessen wird, schufen die Menschen in Leipzig, Ost-Berlin, Dresden – in so vielen Städten der DDR.



.....
Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, Deutsche Verlagsanstalt, München 2012, 1052 S., 34,99 €
.....

Friedrich-Wilhelm Schломann

Die Stasi – Hüterin des Terrorismus

Zum Thema Terrorismus, speziell der RAF, gibt es jede Menge Bücher. Nicht zuletzt hat sich Stefan Aust im „Baader-Meinhof-Komplex“ ausführlich mit der berühmtesten bundesdeutschen Terrorbande beschäftigt. Sein Buch wurde Vorlage für einen Film, mit dem der Filmproduzent Bernd Eichinger Oskar-Ehren zu erringen hoffte. Zum Glück blieb die aufwendige Verniedlichung der Linksterroristen preislos.

Im neuen Buch von Regine Igel: „Terrorismus-Lügen“, mit dem Untertitel „Wie die Stasi im Untergrund agierte“, stellt die Autorin gleich anfangs die Frage, warum die meisten Autoren, auch Aust, sich auffällig nicht für die Frage interessiert haben, wie sehr die RAF und andere terroristische Vereinigungen mit der Staatssicherheit verhandelt waren. Auch Politik, Justiz und Medien nehmen von den Stasiakten zum Thema kaum Notiz.

Die zweite, ebenso brisante Frage ist, warum man in der Stasiunterlagenbehörde nur wenige Akten zu sehen bekommt und die auch noch ausgiebig geschwärzt sind. Igel hat herausgefunden,

daß US-Forscher die reduzierte Aktenlage auch damit erklären, daß rund 450 Meter Akten dauerhaft unter Verschluss genommen wurden als „Geheimschutzunterlagen in gesonderter Verwahrung“.

Aber auch die Bruchstücke, die Igel einsehen konnte, offenbaren Hochbrisantes über die Mitwirkung von Staatssicherheit, KGB und westlichen Geheimdiensten in der Terrorszene Westeuropas.

Besonders betroffen waren die Bundesrepublik und Italien. Die erstere, weil sie den zweiten deutschen Staat und die Stasi vor der Haustür hatte, Italien wegen der ungewöhnlich starken kommunistischen Partei im Lande. Die Gewaltschübe beider Länder ähneln sich. Straßenschlachten mit Pflastersteinen, in Berlin am Tegeler Weg, in Rom die Battaglia di Valle Giulia, beide 1968. Am Tegeler Weg stand aus bis heute ungeklärten Gründen ein LKW mit Pflastersteinen bereit, aus dem sich die Randalierer nur zu bedienen brauchten. In beiden Fällen sah es aus, schreibt Igel, als

ob eine unsichtbare Regie im Hintergrund das militante Personal zu sondieren hatte.

Bald darauf begannen die paramilitärischen Ausbildungen in palästinensischen Lagern im nahen Osten. Nicht nur dort. Auch in der DDR und in der Tschechoslowakei wurden westeuropäische Terroristen unterrichtet.

Igel geht detailliert auf das terroristische Personal ein – angefangen bei Horst Mahler und Dieter Kunzelmann, bis hin zur sogenannten Dritten Generation der RAF um Wolfgang Grams. Bei fast allen finden sich Belege für eine Beziehung zur Staatssicherheit, meist sind es Auszahlungsbelege, Zuwendungen oder Treffgelder. Sogar manche Totgesagte, wie Ingrid Siepman, hat von der Staatssicherheit noch nach ihrem angeblichen Ableben finanzielle Zuwendungen erhalten.

Bekannt ist, daß 1990 in der DDR zehn angebliche RAF-Aussteiger entdeckt wurden, die alle beeideten, dem Terrorismus abgeschworen und in der DDR mit Kind und Kegel ein kleinbürgerliches Leben geführt zu haben. Auch hätten sie die DDR nicht mehr verlassen. Die Stasi-Bewegungsprotokolle verzeichnen dagegen eine rege Reisetätigkeit der angeblichen Aussteiger, immer in Bezug zu terroristischen Anschlägen in Westeuropa. Auch die Vorzeigeanussteigerin Susanne Albrecht, die heute unter anderem Namen Kinder unterrichten darf, ist laut Stasiakten in ihrer Aussteigerzeit bis 1989 für die Terrorismusabteilung der Stasi aktiv gewesen. Ihr INPOL-Bewegungsprotokoll verzeichnet zwischen 1985 und 1989 zahlreiche Reisen in den Westen. Was diese Frau ihren Schülern wohl beibringen mag?

Auffällig auch die enge Verflechtung mit der palästinensischen Terrorszene, die bis hin zu Verehelichungen ging. Da braucht man sich nicht mehr zu fragen, woher der militante Antisemitismus der RAF-Terroristen kam.

Die Stasi schulte und benutzte aber nicht nur Linksterroristen, sondern auch Rechtsterroristen. Einer der bekanntesten, Udo Albrecht, floh sogar in einer spektakulären Aktion aus der Haft in die DDR. Aber auch die Akten über die Rechtsextremisten sind ausgedünnt und geschwärzt, was zu der Frage verleitet, wer hier warum geschützt werden soll. Naheliegender Verdacht, daß etliche dieser Terroristen für mehrere

Veranstaltungen

27.11. (Di), 19.00 Uhr:

„Gerhard Löwenthal – ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik Deutschland“, mit Autor Dr. Stefan Winckler; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

27.11. (Di), 19.00 Uhr:

LPG, VEG und „individuelle Hauswirtschaften“. Zur Überwachung der Landwirtschaft durch die Stasi. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Michael Heinz, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule Wismar, Badstaven 20, 23966 Wismar

27.11. (Di), 19.30 Uhr:

„Ungeziefer“ und „Kornblume“. Die Stasi und die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Vortrag u. Gespräch mit Monika Aschenbach, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Amthor-durchgang 9, 07545 Gera

28.11. (Mi), 17.00-21.00 Uhr:

Geteilte Christenheit? Die Evangelische Kirche im Kalten Krieg. Kirche und Staat. Mit PD Dr. Anke Silomon, Historikerin, Berlin, u.a.; Veranstaltung d. Evangelischen Akademie zu Berlin u.a.; Ort: Französische Friedrichstadtkirche (Französischer Dom), Gendarmenmarkt 5, Berlin-Mitte (Eingang Charlottenstraße)

28.11. (Mi), 19.00 Uhr:

Zwangsarbeit im Chemiesdreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der DDR-Industrie. Vortrag u. Gespräch mit Justus Vesting; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadthaus Halle, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle

29.11. (Do), 14.00-19.30 Uhr:

Besuchertag. 14.30 und 16.30 Uhr Archivführungen. 18.00 Uhr – „Fluchthelfer – Die Gruppe um Wolfgang Fuchs“, Ref. Klaus-M. v. Keussler, Autor u. Zeitzeuge; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

29.11. (Do), 18.00 Uhr:

Feindzentrale „Onkel Theo“. Filmproduktion des Dokumentationszentrums am Moritzplatz; Ort: Dokumentationszentrum am Moritzplatz, Umfangsstr. 76, 39124 Magdeburg

29.11. (Do), 19.00 Uhr:

„Ich wollte frei sein“. Die Mauer, die Stasi, die Revolution. Lesung und Zeitzeugengespräch mit Vera Lengsfeld, Autorin u. DDR-Bürgerrechtlerin, u. Dr. Philipp Lengsfeld, Protagonist d. Schülerprotests an der Carl-v.-Ossietzky-Schule Berlin 1988 u. Sohn d. Autorin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig



Regine Igel: *Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte*, Herbig 2012, 336 S., 22,99 €



29.11. (Do), 19.00 Uhr:

„Die heile Welt der Diktatur? – Herrschaft und Alltag in der DDR“. Ausstellungseröffnung mit Dr. Stefan Wolle; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Zentralbibliothek, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

29.11. (Do), 19.30 Uhr:

Traumschiffe des Sozialismus. Lesung u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Zentralbibliothek, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

4.12. (Di), 17.00 Uhr:

Geteilte Christenheit? Die Evangelische Kirche im Kalten Krieg. Kirche und Gewalt. Veranstaltung d. Evangelischen Akademie zu Berlin u.a.; Ort: Garnisonkirche Potsdam, Breite Straße 7, 14467 Potsdam

5.12. (Mi), 19.00 Uhr:

Die DDR auf dem Sprung – was bleibt? Kurzvortrag v. Prof. Dr. Konrad Jarausch, Historiker, Chapel Hill/ Potsdam, Diskussion mit Prof. Dr. Jürgen Kocka, Historiker, Berlin, Prof. Dr. Peter Steinbach, Historiker, Mannheim, Prof. Dr. Manfred Wilke, Historiker, Berlin; Abschlussveranstaltung der Reihe „4 aus 40 Jahren DDR“ d. Berliner LStU u.a.; Ort: Vertretung d. Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, Berlin-Mitte

6.12. (Do), 19.00 Uhr:

Die sowjetischen Truppen in Brandenburg – Rückblick auf fünf Jahrzehnte wechselvollen Nebeneinanderlebens. Vortrag v. Dr. Kurt Art, Historiker, Potsdam; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam; Eintritt 3,- €

11.12. (Di), 19.00 Uhr:

„Ach, du liebe Weihnachtszeit!“ Präsentiert vom LeseTheater der Berliner Schauspielerin Nicole Haase zum Jahresausklang, anschließend besinnliches Beisammensein mit Punsch und Gebäck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5-7, 10178 Berlin

12.12. (Mi), 14.00 Uhr:

„Zwangsadoptiert – Weihnachten ohne Mama“. Buchlesung mit Katrin Behr und anschließender Gesprächsrunde in vorweihnachtlichem Rahmen. Veranstaltung d. BSV-Fördervereins u. d. BSV-LV Berlin-Brandenburg; Ort: Ruschestr. 103, Haus 1 (Stasimuseum), Raum 212; Voranmeldung erbeten unter Tel. (030) 554 963 34

Geheimdienste tätig waren und das nicht ans Licht der Öffentlichkeit soll.

„Die Aufarbeitung der ostdeutschen Diktatur als Gewinn für die Demokratie hätte auch eine Aufarbeitung der Rolle von SED und Stasi im Terrorismus einschließen

Euer Held – euer Verräter

(VT) Hans-Georg Aschenbach, geboren 1951, wächst im beschaulichen Brotterode in Thüringen auf. Früh wird sein sportliches Talent entdeckt, gefördert – und vom Staat ausgenutzt. Die Methodik des DDR-Leistungssports isoliert den jungen Skispringer von der realen Welt. Er wird manipuliert, gedopt und zum Spielball des gelebten Sozialismus. Getrieben von



Erfolgsdruck und fliehend vor den Zweifeln an den Idealen der DDR wird Aschenbach einer der erfolgreichsten Skispringer seiner Zeit. Mit 17 Jahren gewinnt er die Europameisterschaft der Junioren im Skispringen. Es folgen vier Weltmeistertitel, 1974 wird er Sportler des Jahres in der DDR, 1976 gewinnt Aschenbach olympisches Gold. Die Propaganda macht ihn zum Volkshelden, zum idealisierten Vorbild im „besseren Deutschland“.

Tatsächlich aber ist er ein Gefangener. Im Verborgenen wachsen Aschenbachs Ängste und Zweifel. Nach seiner sportlichen Laufbahn studiert er Medizin, danach kehrt er als medizinischer Betreuer in den Armeesportklub Vorwärts Oberhof zurück. Schließlich setzt er sich, als ranghoher Offizier der NVA, 1988 während einer offiziellen Reise als Sportbetreuer in der Bundesrepublik ab, mit Folgen. Er ist jetzt fahnenflüchtiger Geheimnisträger, sein Leben deshalb gefährdet. Das Regime degradiert seinen Helden zum Verräter und verfolgt Aschenbach auf erschreckende Weise auch im Westen. Heute lebt er in Freiburg und praktiziert als niedergelassener Arzt.

.....
Hans-Georg Aschenbach: *Euer Held. Euer Verräter. Mein Leben für den Leistungssport*, Mitteldeutscher Verlag 2012, 192 S., 19,95 €
.....

müssen“, resümiert Igel. Ihr Buch ist eine Fundgrube für historisch Interessierte, aber vor allem eine Anregung, sich den bisher vernachlässigten Kapiteln unserer Geschichte endlich zuzuwenden.

Vera Lengsfeld

Verlinkt – Lesetip

„Chronik eines NVA-Unfalls“

Eine wahre Geschichte

Von Martin Sachse

Im Internet unter <http://www.medienfabrik-b.de/blog/blog01/index01.html>

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH, in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
Do 11-16 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Joachim Giesicke am 15. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Maria Behrendt, Almuth Braun, Wilfried Brosinsky, Wolfgang Cunow, Holger Detlev Friedel, Olaf Gehrke, Rita Geschke, Alexander Grow, Dr. Hans Joachim Gutschmidt, Karl Gutzmann, Helga Hankowitz, Gerold Hofmann, Lothar Hübner, Günter Koch, Klaus Krüger, Kurt Kugler, Wolfgang Lehnert, Erna Lobbes, Rolf Lohse, Manfred Malmström, Erika Metag, Günther Müller, Wolfgang Nicolaus, Eike Christine Radewahn, Gunnar Rieger, Hartmut Schlotte, Ingeborg Schlünz, Siegbert Schmoke, Rainer F. Schneider, Dr. Walter Schöbe, Gudrun u. Hans Schramm, Helmut Schröder, Hans-Peter Schudt, Thomas Schwanitz, Günter Sickora, Harald Steinke, Eberhard Ullbrich, Hans-Georg Wagner, Ralf Weber, Hugo Weiß, Dr. Volker Wendland, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein,
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48,
Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Moralische Entrüstung ist Eifersucht mit einem Heiligenschein.

H.G.Wells

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbändeoordination: Carola Schulze,

Florian Kresse, Katrin Behr

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93 51

Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Oktober 2012

